

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengeleitete Zeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr nachmittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 219.

Montag, den 19. September 1921.

28. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag.

vb. Görlich, 17. Septbr.

Am Sonnabend traten Parteivorstand, Parteiaus- schuß und Kontroll-Kommission zusammen, um in gemeinsamer Beratung die Arbeiten des Parteitages vorzubereiten. Zunächst wurde der am 1. September erfolgte Wiedereintritt des früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun in den Parteivorstand einstimmig begrüßt. Die Tagesordnung des Parteitages soll möglichst nicht erweitert werden, weil die Beratungszeit schon sehr belastet ist. Doch dürfte vorgeschlagen werden, daß beim Bericht der Reichstagsfraktion, den bekanntlich Hoff erstattet, zwei Fragen ausgehoben und vor der allgemeinen Debatte erörtert werden, nämlich die Steuerfrage, zu der einleitend Reich-Stuttgart sprechen dürfte, und die neue Steuer- zwangsmasse, über die Georg Schmidt vom Landarbeiter- verband einleitend referieren wird. Die Frage der Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung und der Regie- rungskoalition wird voraussichtlich nicht beim Bericht der Reichstagsfraktion behandelt werden, weil ja auch die Koalitionen in den einzelnen Ländern nicht zur Debatte stehen, sondern beim Bericht des Parteivorstandes, den Franz Krüger erstatten wird. Im übrigen soll dem Parteitag vorgeschlagen werden, eine vollständige Umstellung der Tagesordnung vorzunehmen und die Erörterung des neuen Parteiprogramms an die Spitze zu stellen, damit, falls der Parteitag aus seiner Mitte eine neue Programm-Kommission wählen will, diese Kommission dem Parteitag noch Bericht erstatten kann. Zum Schluß der Verhandlungen referierte Genosse Wels über die Taktik der Partei. Im Mittelpunkt seines Vortrages und der anschließenden, ausgedehnten Debatte stand die Frage der Regierungsbildung in Preußen. Fast alle Redner sprachen sich zustimmend zu den von Wels entwickelten Gedankengängen aus. Nennenswerte Gegenstände waren nicht vorhanden.

In den Gesprächen der Delegierten und den Verhandlungen der Landmannschaften stand schon vor der Eröffnung des Parteitages die Frage der Beteiligung an der Regierung im Vordergrund. Allgemein wurde das Problem mit der Ruhe und dem Wirklichkeitsinn erörtert, der der Lage Deutschlands und der Partei angemessen ist. Sicher ist, daß der Parteitag klare Richtlinien für die Möglichkeit einer Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung mit bürgerlichen Parteien geben wird. Ohne prophezeien zu wollen, glauben wir sicher sagen zu können, daß diese Bedingungen sich im Rahmen mehrerer, dem Parteitag dazu vorliegenden Anträge bewegen werden. Die als Grundforderung aufgestellten Bedingungen sind folgende:

Anerkennung und Schutz der Republik, Demokratie in Reich, Staat, Gemeindeverwaltung, Republikanisierung der Reichswehr und der Polizei, weitestgehendste Sozialpolitik, pazifistische Außenpolitik und lokale Erfüllung des Friedensvertrages in der Grenze unserer Leistungsfähigkeit, und weitestgehendste Bekämpfung des Böses.

Nur mit Parteien, die solche Bedingungen anerkennen, kann die Sozialdemokratie eine Regierung bilden.

Eröffnungs-Sitzung.

P. Görlich, 18. Septbr. (Eig. Drahtbericht.)

Dem diesjährigen Parteitag kommt eine besonders hohe politische Bedeutung zu. Im Hinblick auf die akute Regierungskrisis in Preußen, auf die Spannung zwischen Reich und Bayern und auf die kommenden Steuervorfälle sind die Beratungen und Beschlüsse unseres Parteitages für die Linien der deutschen Innenpolitik von geradezu entscheidender Bedeutung. Das kommt u. a. in dem besonders starken Andrang von Vertretern der bürgerlichen Presse auf dem Parteitage in Görlich zum Ausdruck.

Der Parteitag wurde am Sonntag abend um 6 Uhr in dem eindrucksvollen und vornehmen Saale des Stadthallen- hauses eröffnet. Schon lange vor Beginn der Eröffnung des Parteitages stauten sich Hunderte von Männern und Frauen, die Einlaß suchten, vor dem Stadthallenbau. Nach einem Orgelvor- trag und einem Gesangsvortrag der Sängervereinigung des Vereins Gutenbergs, ergriff, vom Parteitag lebhaft begrüßt, ein ehr- würdiger Parteiveteran Karl Keller aus Görlich das Wort. Der 79jährige Mann steht seit dem Jahre 1868 als einer der Gründer der schlesischen Arbeiterbewegung bis zum heutigen Tage in der vorbersten Linie des politischen Kampfes. Er entwarf ein lebendiges Bild der schweren und des langamen Aufstieges, den die Partei in Görlich genommen hat.

Die Rede Hermann Müllers:

Hermann Müller (Parteivorstand) hielt die Eröff- nungsrede des Parteitages. Er konnte in seiner knappen, scharf- sinnigen Ansprache mit Stolz darauf hinweisen, daß allen An- zweiflungen zum Trotz die in den vergangenen Jahren von rechts und links her lautgewordenen sind, wir die Partei der arbeitenden Massen sind. Der Metallarbeitertag in Jena muß jedem bewiesen haben, daß wir nicht nur eine Partei von Angestellten und Beam- ten sind, sondern, daß die Massen der Handarbeiter nach wie vor die dichtesten Reihungen unserer Partei bilden.

Der Parteivorstand wies auf die besonderen Schwierigkeiten hin, die in den jetzigen bewegten Zeiten einer Program m re- vision entgegenstehen. Der Parteitag muß in einer besonders verwickelten Situation der Partei ein neues Programm schaffen. Bis wir zu den hohen Zielen kommen, die auch das neue Pro- gramm anstreben wird, muß noch schwere Arbeit geleistet werden.

Wir kommen, wenn wir politische Macht ausüben wollen, einweilen ohne Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien nicht aus. Es fehlt uns die parlamentarische Mehrheit und auch noch die Mehrheit des Volkes. Die Kritiker an unserer Tagespolitik müssen lernen, daß sich in einer Koalition die Weltanschauungs- politik immer nur in Präzedenz ausdrückt. Mit erstickten Wor- ten, die vom Parteitag mit lebhafter Bewegung aufgenommen wurde, gedachte Müller der bestialischen Ermordung des Zentralsführers Erzberger. Er wies mit Recht darauf hin, daß die Führer der Nordbrigade Ehrhardt Leute derselben Sorte seien, die im Kriege 4 1/2 Jahre den guten Namen des deut- schen Volkes geschändet, und uns in den Ruf der Barbaren ge- bracht haben. Wenn der deutschnationale Führer Hergt behauptet, die Sozialdemokratie habe stets den politischen Mord gepre- digt, so sei das nur pathologisch zu nennen. Herr Hergt sei reich von der medizinischen Fakultät der Königsberger Universität zum Ehrendoktor ernannt zu werden. Im Mittelpunkt des Müllerschen Vortrages stand die feste Erklärung, daß wir unbedingt wieder in die preussische Regierung müssen. Ein Weg dazu muß gefunden werden, sonst kommen wir im Reich und in Preußen in die schärfste Opposition und die bürgerlichen Parteien werden sehen, was jetzt schärfste Opposition der sozialistischen Massen bedeutet. Wenn agrarische Führer mit einem Liefe- reif drohen, so haben sie wohl die Rechnung ohne die 300 000 Landarbeiter gemacht. Ein Versuch, die Städte auszuhun- gern, würde den Bürgerkrieg bedeuten. Auf jede Demon- stration gegen die Republik müssen wir mit einer Gegenkund- lung antworten, die auf einen Scheitern 1 1/2 geht. Deutschlands Zukunft beruhe auf der Arbeit seiner Angestellten und Arbeiter. Die Arbeiterklasse muß zeigen, daß sie Herz im Hause ist. Aller- dings erschwert uns die Unvernunft der Staatsmänner der Entente unsere Arbeit für den Aufbau der Republik. Wir erstreben die Einigung aller Arbeiter, die den Sozialismus auf der Grund- lage der Demokratie zu ihrem Ziel nehmen.

Wahlen und Begrüßungen.

Zu Vorliegenden des Parteitages wurden gewählt: Otto Wels und Taubadel. Darauf erfolgte die Wahl von neun Schriftführern und 9 Mitgliedern der Mandatsprüfungs- und Be- schwerde-Kommission. Die vorgelegte Geschäftsordnung wurde angenommen. Genosse Wels übernahm den Vorsitz und begrüßte mit warmen Worten, die häufig von Teilnehmern unterbrochen wurden, die Vertreter der ausländischen Parteigenossen. Es waren anwesend Vertreter der schwedischen, dänischen, holländischen und tschechoslowakischen Parteiorganisa- tionen. Aus Belgien hat sich Genosse De Brouquer an- gemeldet. Außerdem sind Vertreter aus Ungarn und Geor- gien erschienen. Wels verlas die eingegangenen Begrüßungs- telegramme unter anderem ein Telegramm des Reichspräsidenten Gen. Ebert, des deutschen Gesandten in Bern, der Arbeiter- jugend des linken Niederrheins usw. Zur Tagesordnung wird beschloffen, am Montag vor dem Bericht des Parteivorstandes ein kurzes Referat des Genossen Molkenbuhr über die Program m revision entgegenzunehmen und eine 28gliedrige Kommission zur Formulierung des Programms zu wählen. Beim Bericht der Reichstagsfraktion sollen die Steuerfragen durch Keil, die Ernährungsfragen durch Georg Schmidt und die Fragen der Justiz durch Radbruch be- sonders behandelt werden. Stürmisch begrüßt, nahmen dann die Vertreter der ausländischen Bruderparteien das Wort. Es sprachen: Stanciu, Dänemark, Lospuit, Halland, Kemeec, Tschecho-Slowakei, Buchinger, Ungarn, Tscheidse, Geor- gien und Bohni, Duzig.

Die Verbrauchssteuern im Reichsrat.

II. Berlin, 18. September.

Der Reichsrat nahm die Vierfachung der Deut- schen Mittelsteuer und die Verdoppelung der Zündwaren- steuer sowie der Mineralwassersteuer an. Die Ver- vierfachung der Biersteuer wurde gegen die Stimmen Bayerns angenommen. Ferner wurde angenommen, die Erhö- hung der Kohlensteuer auf 30 Prozent des Verkaufswertes. Die erhöhte Tabaksteuer soll am 1. April 1922 in Kraft treten. Der Reichsrat lehnte jedoch die Erhöhung für Zi- garen ab und ermächtigte die Säge für Pfeifen- tabak.

Der Friedensvertrag mit Amerika wurde genehmigt, jedoch erklärte ein bayerischer Vertreter, seine Regierung nehme an, daß mit dem Vertrage nicht das Versailler Bekenntnis der deutschen Kriegsschuld erneuert werden soll.

Die Säuberung Oberschlesiens.

Breslau, 18. September. Aus Kattowitz wird gemeldet, daß die S. R. anordne, alle zweifelhaften Elemente seien aus Oberschlesien sofort zu entfernen. Personen ohne vorrichts- mäßige Papiere sind sofort zu verhaften. Die Rückkehr der Flüchtlinge jeder Gesinnung ist von den Gemeindevorständen und -wachen streng zu verhindern.

Der bayerische Skandal.

Die unwürdigen Ordnungshelden in Bayern wollen es tat- sächlich auf eine Kraftprobe ankommen lassen. Sie fühlen sich ihrer Macht und ihres Bestandes der preussischen Militär- kamorilla so sicher, daß sie jede Rücksicht lassen lassen. Der bayerische Staatsminister Oswald erlaubt sich eine Sprache, die in ihrer Demagogie kaum noch überboten werden kann, und die Rechtsparteien unterstützen ihn wie dessen Freund Kahr mit den schäblichsten Mitteln. Dieser sozialparteiliche Minister Oswald hielt eine Rede, in der er sich über die Verordnung des Reichs- präsidenten folgendermaßen äußerte:

„Darüber soll man sich in Berlin und in sonst politischen Kreisen keiner Täuschung hingeben, daß je nach Lösung der Krise das Gewitter noch nicht entladen ist. Kommt es zu einer für das Volk unbefriedigenden Lösung, dann können die Dinge für das Reich und den Reichsgebanten von unabseh- baren Folgen sein. Ich möchte letzteres nicht wünschen, aber man soll sich ja nicht täuschen. Das Maß ist voll bis oben.“

Oswald formuliert den Sinn seiner Ausführungen dahin, daß keine Volkspartei unter keinen Umständen eine Koalition mit den Sozialdemokraten eingehe, die bisherige Koalition gehalten werden und Kahr zurücksetzen müsse. Oswald behauptete ferner, daß der „Berliner Magen“ sich bereits nach dem bayerischen Budgetrecht lehne und dieses dem Berliner Magen einverleiben wolle. Berlin werde in diesem Bestreben von einer „Außen- deutschen Stelle“ unterstützt. Der Grund zu diesem Vorgehen des Reiches sei die Hoffnung, mit Hilfe des bayerischen Etats eher das Minimum erfüllen zu können. Herr Oswald fordert selbst den Reichstagsrat zu einer Stellungnahme zu solchen Gerüchten auf.

Auf diese und andere Vorwürfe gab die Reichsregie- rung eine amtliche Erklärung, in der die Behauptungen Oswalds als frei erfunden bezeichnet werden, einzig zu dem Zweck, die Reichsregierung zu diskreditieren. Die amtliche Er- klärung betont, daß bei der Auseinandersetzung zwischen Bayern und dem Reich auf die bayerischen Wünsche mehr als auf die jedes anderen Landes Rücksicht genommen worden ist.

Wie die bayerische Parteizentrale arbeitet, ergibt sich auch aus der Behauptung Oswalds, die bayerischen Einwohner- wehren sind von der Reichsregierung verschamert und den Bayern die Ententekontrollen auf den Hals geschickt worden. Und um die bayrische Volkseele ganz zum Kochen zu bringen, behauptete Oswald, ein Staatssekretär in Berlin habe in amtlichem Auf- trage einen Entwurf zu einem deutschen Einheitsstaat ausgearbeitet, in dem die Bundesstaaten unter Aufhebung ihrer Regierungen und Landtage unter Gewährung einer Scheinautonomie in Verwaltungsbezirke verwandelt werden sollen. Dieser Berliner Plan sei auf Verlangen der Entente ins Werk gesetzt worden, um im Interesse der sonst unmöglichen deutschen Reparationszahlungen die Kosten des deutschen Re- gierungsapparates zu verringern.

All diese Vorwürfe sind zu dumme, als daß man sich lange dabei aufhalten kann. Die „Germania“ hat deshalb voll- ständig recht, wenn sie schreibt:

„Sollen und wollen wir aus dem Wirrwarr wirklich her- auskommen, dann kann es, nimmt man es in allem, nur eine Karte geben, und die gibt es in der Forderung: Reichs- tagsrat handle! Die Verständigung zwischen Berlin und München über die Aufhebung des Belagerungszustandes ist und bleibt gewiß das Wünschenswerteste. Aber nach allem, was Herr v. Proger gestern ausgeführt hat, scheint kein Zweifel, daß in Bayern die Voraussetzungen fehlen, auf diesem Wege mit der nötigen Schnelligkeit zum Ziel zu kommen. Faßt man einerseits die ungewissenhaften versicherungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten ins Auge und verschließt man sich anderer- seits nicht der Erkenntnis, daß auch in Bayern selbst letzten Endes alles anfallen wird, wenn der wahrlich lange, genug währende ungewisse Streit endlich beendet wird, dann kann man nicht anders sagen als: besser ist es, den gordischen Knoten entschlossen durchzuschneiden, als noch wochenlang auf Kosten der Autorität haben und der Reichs- freudigkeit drüber daran herumzuspielen.“

Mit der Verletzung Deutschlands, mit der Sabotage an Reichsgedanken, an der deutschen Republik, ohne die es ein Deut- sches Reich nicht mehr geben wird, muß unerbittlich Schluss ge- macht werden.

Ein bayerischer Staatspräsident?

Die Bayerische Volkspartei hat im Landtag einen Antrag eingebracht, der die Schaffung eines bayerischen Staats- präsidenten vorschlägt. Er soll Bayern nach außen hin vertreten, gemeinsam mit dem Ministerium Staatsverträge und Landesgesetze ausfertigen, dem Landtag die Vorschläge der Minister unterbreiten, das Begnadigungsrecht in Bayern aus- üben usw. Der Zweck dieses Antrages ist nun keineswegs, Bayern eine defektive Spitze zu geben, sondern die Befugnisse des Reichspräsidenten und der Reichsregierung in Bayern ein- zuschränken. Denn der Antrag hat noch einen zweiten Teil. Dieser besagt wörtlich:

Die bayerische Staatsregierung wolle durch ihren Vertreter im Reichsrat eine Gesetzesvorlage beantragen, nach der gemäß Art. 48 Abs. 5 der Reichsverfassung die dem Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 Abs. 2 a. D. verliehenen Machtbefugnisse dahin beschränkt werden, daß sie in kein Hinsicht eines Landes eingreifen dürfen, das insbesondere der Vollzug eines vom Reichspräsidenten jeweils verfügten Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibt und lediglich im Falle der Weitergabe einer Landesregierung ihm das Recht aufliegt, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen.

Des Pudels Kern ist also: Der bayerische Staatspräsident soll den deutschen Reichspräsidenten für Bayern ausschalten. Namentlich sollen Verordnungen des Reichspräsidenten, wie die jüngste Prekordordnung, das Uniformverbot usw. für Bayern keine Geltung mehr haben. So arbeitet man bewußt auf den Bruch hin.

Giegetwahl gegen die Reichsregierung.

Die preussische Regierung will den Bayern zu Hilfe kommen. Sie erläßt eine gewundene Erklärung, in der gesagt wird, daß das preussische Staatsministerium von den durch seinen Staatsminister angestellten Ermittlungen (die im Mai 1920 erfolgten) erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Herrn Reichskanzler im Reichstagsauschuß Kenntnis erhalten habe. Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines seiner Organe in einem anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet worden war. Es bedauert weiter, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht worden ist, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

Vielleicht setzen die bayerischen Königsräte ihre Hoffnung auf diesen preussischen Ministerpräsidenten. Schon jähelt die deutsch-nationale Presse im Reich, da sie glaubt, durch die Erklärung der Preussischen Regierung und die Anträge der bayerischen Volkspartei im Bayerischen Landtag die Reichsregierung gestürzt zu sehen. Wir können den deutsch-nationalen Herrschaften und deren Gefolgsleute in Bayern versichern, daß ihre Freude umsonst ist. Das Kabinett Wirth hat den Kampf mit der Reaktion aufgenommen und wird diesen Kampf fortsetzen und durchzuführen, bis Deutschland wieder zu jener Ruhe gekommen ist, die ihm durch deutsch-nationale Mordtaten und dergleichen abermals genommen wurde. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, die kommen muß, wird zu einer Stabilisierung der Verhältnisse beitragen.

Ruhr kehrt nicht wieder.

München, 19. September.

Wie die „Berliner Montagspost“ erzählt, hat Herr v. Ruhr das Angebot der Kabinettsbildung abgelehnt.

Die Sanctionsfrage.

Paris, 18. September.

Die Pariser Abendblätter berichten in halbamtlichen Ausstellungen, daß zwischen Frankreich und England in der Frage der wirtschaftlichen Sanctionen jetzt volle Übereinstimmung besteht, und daß die deutsche Regierung davon unterrichtet wurde, daß die Verbindlichkeiten die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanctionen davon abhängig machen, daß Deutschland vorher die interalliierte Kontrolle der Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen anerkennt, und zwar eine Kontrolle, die vor Erteilung der Bewilligungen stattzufinden hätte.

Der „Temps“ bemerkt dazu, Frankreich denke natürlich nicht daran, sich in die Funktionen der deutschen Behörde, welche die Bewilligungen erteilt, irgendwie stören einzumischen. Es handle sich nur um die Kontrollierung dieser Funktion.

Kommissionsführungen des Völkerbundes.

M. Genf, 18. September.

Gestern hat die Subjektionskommission eine öffentliche Sitzung abgehalten. Die Kommission begann die Prüfung eines Status über das Personal des Generalsekretariats des internationalen Arbeitsbureaus. Die 5. Kommission, die die Humanitätsfragen prüft, hat ebenfalls eine öffentliche Sitzung abgehalten. Sie befaßte sich mit dem Opiumhandel. Die 2. Kommission hat mit der Prüfung der Verkehrsfragen begonnen. Die 3. Kommission hat eine Resolution über die Organisation der internationalen Geistesarbeit angenommen.

Börsenferstige in Wien.

Wien, 19. September.

Nunmehr wird auf Verfügung der Regierung an jedem Mittwoch die Börse geschlossen bleiben. Man hat es hier mit einer ersten Maßnahme gegen die Ausschreitungen der Spekulation zu tun. Die großdeutsche Vereinnung verlangt das Verbot des freien Bauxite- und Devisenhandels, sowie eine Verfügung, die für den Devisen- und Bauxithandel den Legitimationszwang einführt. Nur für den Fall, daß die Kreditlinie noch lange ausbleiben sollte, wird eine Zwangsanleihe in Erwägung gezogen. Der Preis für Mehl, das bisher 92 Kronen das Kilo kostete, wurde auf 124 Kronen erhöht.

Ungarn mobilisiert.

Der Wiener Korrespondent des Blattes „Frager Presse“ erzählt aus diplomatischen Kreisen der Entente, daß seit einigen Tagen in Ungarn in aller Stille eine regelrechte Mobilisierung durchgeführt werde. Die Reserveoffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1886 bis 1900 erhalten von Major Ditzgen unterzeichnete Einberufungsordres. Die Einberufungsordres sind zum Gebirgsartillerieregiment gleichzeitig wurde die demobilisierte Artillerie nach Kecksemet einberufen.

Wie der Wiener Korrespondent der „Dona“ aus Entente-Kreisen erzählt, haben die Ententeabietzte beschlossen, die Entlassung der ungarischen Armee gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Trianon möglichst in Angriff zu nehmen und aufs ärgste durchzuführen. Es wird darauf hingewiesen, daß es ein Fehler gewesen sei, Österreich vor Ungarn zu entlassen. Der ungarische Real

wäre besser gewesen. Dabei wollen die Ententemächte keinen Unterschied zwischen der regulären Armee und den Detachements machen. Ungarn soll nicht mehr als die im Frieden von Trianon festgesetzte Anzahl von 35 000 Gewehren besitzen dürfen. Infolgedessen wird nun die Internallierte Militärkommission in Budapest eine sehr energische Tätigkeit entwickeln, um den Gefahrendämon, den die ungarische Armee darstellt, zu unterdrücken.

Auslieferung der deutschen Flugzeuge.

M. Paris, 18. September. Die Entschädigungskommission veröffentlicht eine Note über die Auslieferung der deutschen Flugzeuge an die Alliierten. Die vorläufige Flugzeuginspektionskommission, die zuerst in Ruhrort ihren Sitz hat, hat mit der Untersuchung der von Deutschland angebotenen Fahrzeuge begonnen.

Niederlage der Griechen.

M. Paris, 10. September. Aus Athen wird gemeldet, daß die Niederlage der griechischen Armeen jetzt nicht mehr bezweifelt werden kann und eine große Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen hat. Die griechische Gesandtschaft dagegen demüthigt die Nachricht, daß die Athener Militärkreise die Erfolge der alliierten Armeen anerkennen und einen allgemeinen Rückzug der griechischen Truppen ins Auge fassen.

Japanische Note an China.

M. Frankfurt, 19. September.

Wie „Journal des Debats“ meldet, hat die japanische Regierung an das chinesische Ministerium des Aeußern eine Note überreicht, in der sie China die Einleitung von Verhandlungen über die Schantung vorgeschlägt. Die Verhandlungen sollen auf folgender Basis geführt werden: 1. Japan gibt Kiautschou an China zurück. 2. Gemeinsamer Betrieb der Eisenbahn- und Mineralverwaltungen. 3. Das Recht des Ausbaues der Eisenbahnen. 4. Die Zurückziehung der japanischen Truppen von der Eisenbahnlinie Kanton, die erfolgen soll, sobald die chinesische Polizei organisiert ist.

Die belgischen Truppen im Ruhrgebiet.

M. Koblenz, 18. September. Wie die „Rheinische Rundschau“ von zuverlässiger Seite erfährt, ist die Nachricht über die Zurückziehung der belgischen Truppen, die seinerzeit in das Rheinland beordert wurden, um an der ostl. Besetzung des Ruhrgebietes teilzunehmen, nur insoweit richtig, als die Truppen zurückgezogen werden sollen, wenn die politische Lage in Deutschland dies gestatte.

200 000 Mark Belohnung.

Halbemilch wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Urheber des Abgeordneten Erzberger nunmehr festgesetzt, aber noch nicht ergriffen worden sind, die ausgesetzte Belohnung von 100 000 Mk. auf 200 000 Mk. erhöht. Zuständig für die Verteilung ist die bairische Landesbehörde.

Philipp von Eulenburg gestorben.

M. Liebenow, 19. September.

Am 17. d. Mis. ist Fürst Philipp zu Gertefeld und Eulenburg im 75. Lebensjahre verstorben. — Mit Eulenburg wird nun auch eine Skandalgeschichte begraben, deren endgültige Lösung den irdischen Richtern nicht möglich war. Sie

Sozialdemokratische Frauenkonferenz.

Görlitz, 18. September.

Am Sonnabend vormittag eröffnete Genossin Juchacz die Tagung und sprach ihre Genugthuung darüber aus, daß die starke Beteiligung der Konferenz das fortwährende rege Interesse der Parteimitglieder an den Frauenfragen zeigt. Im Namen des Parteivorstandes wird die Konferenz begrüßt von Adolf Braun: Die Frauen müssen mit Herz und Hand dabei sein, in der Sozialdemokratie vorwärts zu dringen, daß die Frauen nicht vernachlässigt werden. Wir kommen nicht vorwärts ohne die Mütter der kommenden Generation. Zum Schluß der Tagung sprach Genossin Juchacz über die Frauen in den letzten zwei Jahren zurückgegangen ist. Ich hoffe, daß diese Frauenkonferenz darin Wandel schafft. (Beifall.)

Frau Kluge-Görlitz begrüßt die Frauentagung im Auftrag des sozialdemokratischen Bezirks Görlitz und im Namen der sozialdemokratischen Männer und Frauen Niederschlesiens. Als Vorsitzende der Tagung werden gewählt: Frau Juchacz, Frau Hauke-Kattowik, Frau Klein Schröder-Altona; als Schriftführerinnen Tesch-Frankfurt a. M., Fuhrer-Köln, Müller-Zuidau, Luise Köhler-Berlin.

Die Tätigkeit der Frauen in der Gemeinde.

Das einleitende Referat hält Mugki-Berlin: Die revolutionäre Umwälzung des November 1918 hat uns wenigstens insofern ein Stück nachwärts gebracht, als die politischen Freiheiten des arbeitenden Volkes, insbesondere der Frauen, weitestgehend vermehrt wurden. Aber die Bahn für ihre Arbeit in den Gemeinden wurde frei. Aber diese politische Freiheit und Gleichberechtigung bedeutet noch keineswegs, daß wir vor der Entscheidung der politischen Ziele stehen. Eine erste Voraussetzung dafür ist, daß wir alle Möglichkeiten unseres Eindringens in die Verwaltung reiflich ausnutzen. Die Gemeindevverwaltung und Gemeindefürsorge sind die Zellen des ganzen Verwaltungs- und öffentlichen Wirtschaftslebens. Nirgendwo können besonders die sozialdemokratischen Frauen so nachhaltig und wirkungsvoll arbeiten wie gerade bei der Bewältigung der Arbeiter in der Gemeindepflicht. In den Kriegsjahren haben sich die Frauen in der Gemeindepflicht in vollkommenem Maße bewährt, und es ist tief bezeichnend, daß sie sich nach Kriegsende wieder haben zurückziehen lassen. Als alter Praktiker habe ich die Erfahrung gemacht, daß ohne die Mitarbeit der Frau die Aufgaben der Gemeinden gar nicht zu bewältigen sind. Kommunalwirtschaftspolitik ist nicht nur Verwaltungsbesorgung, sondern auch Sorge des Gemüths und des Gefühls für die täglichen Re-

ben großen Nachsicht auf dem „kranken“ Mann, der die Durchführung des bekannten Prozesses glatt zu hintertreiben verstand.

Preussische Sparmethoden.

Der preussische Minister des Innern, der Demokrat Domnicus, hat jetzt das Mittel gefunden, durch welches die Verwaltungskosten des preussischen Staates gesenkt werden können. Es ist eine in mehrfacher Hinsicht sehr menschenfreundliche Methode, die der Minister anzuwenden empfiehlt. Ein Erlaß des Regierungspräsidenten in Koblenz gibt darüber Auskunft; es ist aber anzunehmen, daß auch die andern Regierungspräsidenten dem Wunsche des Herrn Ministers Rechnung tragen. Der Erlaß lautet: Der Regierungspräsident.

Koblenz, den 18. Juli 1921.

Der Herr Minister des Innern regt an, auf den Landratsämtern mehrere Lehrlinge und Verwaltungswörter zu beschäftigen, jetzt dabei jedoch voraus, daß an Stelle dieser Hilfskräfte hochbesoldetes Personal entlassen wird. Ich stelle daher anheim, Lehrlinge und Verwaltungswörter in der landrätlichen Verwaltung zu beschäftigen, und über die Anzahl und die Kosten der Beschäftigten sowie darüber, ob und welche hochbesoldeten Personen an Stelle dieser Hilfskräfte entlassen werden können bzw. bereits entlassen werden konnten, bis zum 1. Oktober dieses Jahres zu berichten. I. W. gez. Unterschrift.

Das sind „Sparmethoden“, die in solcher Brutalität nur noch manche Handwerksmeister anwenden, die aber auch darob gerade nicht sehr angesehen sind. Den Spießer- und Kleinräumergeist, der mit Stegerwald-Dominicus in die preussische Verwaltung eingezogen ist, kann nichts besser als dieser Erlaß kennzeichnen. Nur zu begreiflich ist die Erregung, welche dieser Erlaß in den beteiligten Kreisen auslöst hat. Die menschenfreundlichste Auswirkung der Anweisung ist die, daß in erster Linie verheiratete und ältere Angestellte infolge ihrer „hohen“ Bezahlung zu entlassen sind. Was soll aus den vielen erwünschten Lehrlingen nach Beendigung der Lehrzeit werden?

Bis zur Westfront.

Welchen ungläubigen Grad die politische Verrohung und Verklumpung in nationalsozialistischen Kreisen erreicht hat, davon zeugt wieder der in Abgeordnetenkreisen kursierende Inhalt von Briefen, die an die Witwe Erzbergers gelangt sind. Diese klagenswerte Frau, die sich übrigens von politischer Betätigung stets ferngehalten hat, muß Hunderte von Schmähebriefen über sich ergehen lassen. Der Inhalt zeugt teilweise von geradezu viehischer Rohheit. Beispielsweise heißt es in Briefen, die nach Stil und Handschrift von sogenannten gebildeten Leuten herrühren müssen, Erzberger verdiene, daß man seinen Sarg bespucke oder, wie in einem zweiten Briefe gesagt wird, daß man sein Grab besch... he. Bis dahin hat uns die deutsch-nationale Heke allmählich hinaufgeführt. Eine noch weitere Steigerung dieser Rohheit erscheint fast unmöglich.

Anfrage an Mar von Baden.

Die Redaktion unseres Karlsruher Parteiblattes veröffentlicht einen offenen Brief an den Reichskanzler a. D. Prinz Mar von Baden, in dem mit Bezug auf die jüngsten Veröffentlichungen in Berliner Blättern über die Vorgeschichte des Westfrontenstandes an ihn als den damaligen Kabinettschef die Anfrage gerichtet wird: „Hat Herr Erzberger sich zur Führung der Waffenstillstandsverhandlungen gedrängt oder ist er von Ihnen oder anderen Kabinettsmitgliedern zur Übernahme seines Amtes veranlaßt worden? Diese Frage gilt es nun öffentlich und präzise zu beantworten. Daß Sie bei den Nationalisten nichts mehr zu verlieren haben, dürfte Ihnen bekannt sein. Aber in anderen Kreisen hat man Ihnen bisher Rührung bewahrt. Wie steht es auf dem Spiel, wenn Sie auch jetzt noch schweigen würden.“

Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde.

Die Frauen gehören nicht nur in die Kommissionen und Deputationen, sondern auch in die Gemeindevorgänge, in denen Grundzüge und Richtlinien der kommunalen Wirtschaft bestimmt werden, und dort, wo sich diese Grundzüge praktisch auswirken. Auch in leitenden Stellen haben sich die Frauen durchaus tüchtig erwiesen. Leider sind die Frauen selbst zu zurückhaltend und zaghaft, um sich mit aller Energie die Plätze zu erkämpfen, die sie ausfüllen können und für die sie in erster Linie berufen sind. Selbst in der Leitung unserer eigenen Organisation wird der Männervortrag noch zu stark betont.

Der Referent schlägt folgende Thesen vor: 1. In der republikanischen Umwälzung des Jahres 1918 hat die Arbeiterklasse die Rechte und Freiheiten der Männer und Frauen erkämpft, welche für die Eroberung der politischen Macht auf dem Wege der Demokratie unerlässliche Voraussetzungen sind. Da zur Aufrechterhaltung der sozialistischen Gesellschaftsform aber vor allem die Umgestaltung der kapitalistischen in eine Gemeinwirtschaft notwendig ist, so muß in Staat und Gemeinde der Kampf um dieses Ziel mit aller Energie aufgenommen und durchgeführt werden.

2. Bei der besonderen Bedeutung der Aufgaben der kommunalen Wirtschaft, die in hohem Maße den Bedarf des täglichen Lebens entscheidend beeinflusst, ist es insbesondere von großem Werte, daß die proletarische Frau in der Gemeindevverwaltung dem Platz einnimmt, welcher ihr auch als Hausfrau zukommt und für den sie vermöge ihrer Kenntnis der Lebensbedürfnisse der Arbeiterfamilie berufen ist.

3. Der entscheidende Einfluß der Frau ist in der Gemeindevirtschaft also schließlich unentbehrlich. Ihre Mitarbeit sowohl im Gemeindevorstand und in der Gemeindevertretung als auch in allen Verwaltungsdeputationen und Kommissionen muß daher nachdrücklich gefördert werden.

Die zweite Berichterstatterin, Frau Dr. Schoefer, spricht über

Soziale Frauenarbeit in der Gemeinde.

Soziale Arbeit ist Hilfe und Schutz für das Menschenleben und die Frau ist die geborene Hüterin und Schützerin des Menschen. Hat der Mann Verständnis für Güterwirtschaft und Güterproduktion, so ist die Aufgabe der Frau Menschenökonomie. Menschenökonomie heißt Schutz den ungeschützten Arbeitskräften, Schutz den Müttern, Schutz den heranwachsenden Kindern. Schutz gegen die Vergewaltung von Menschenleben überhaupt. Der Muttergedanke muß aus jeder Frau herausleuchten, namentlich wenn sie im öffentlichen Leben eine führende Rolle einnehmen soll. Die Frau muß überall den Grundgedanken befeuern, daß die Rentabilität der Güter das oberste Ziel der Wirtschaft sein soll. Oberstes Ziel ist das wirtschaftliche Angehen mit dem besten Kapital, was wir haben, mit dem Menschenleben. Die soziale Klein-

Arbeit der Frau in der Gemeinde muß ständig nach diesem hohen Gedanken gefördert werden. Auch in der allgemeinen Politik muß sich der Menschensozialismus durchsetzen. In der Gemeinde bestrebt er sich durch die Mitarbeit in den **Wasserversorgungsbetrieben**, **Wasser- und Sinterbetriebsanstalten**, in der **Kinderkassen- und Kriegsbeschädigtenfürsorge**. Naturngemäß wird die Frau wert alle Frauenarbeit in ihren Bereich ziehen. Die Frauenfrage im Zusammenhang mit der bevölkerungspolitischen Frage ist die wichtigste soziale Frage, in deren Bearbeitung die Zukunft des ganzen Menschengeschlechts liegt. (Sehr richtig!) Die Frau muß auch gleiche Erwerbsfreiheit fordern. Die Frauen-erwerbsarbeit ist nicht möglichst einzuschränken, sondern möglichst zu erweitern. Das Geschlecht an sich darf kein Grund zur Entlassung sein. Im Interesse der eigenen Freiheit der Frau und im Interesse ihrer Nachkommenschaft muß die Frau sich ihren Erwerbunterhalt selbst verdienen können. Die gesamte Kinderfürsorge muß planmäßig an einer Stelle zusammengefaßt werden, wenn etwas Durchgreifendes geleistet werden soll. Wenn wir bedenken, daß von 2 Millionen Säuglingen, die jährlich geboren werden, 35 000 sterben, also daß die Kraft von Tausenden deutschen Frauen unnütz verbraucht wird, dann begreifen wir die ganze Notwendigkeit einer durchgreifenden Säuglingsfürsorge. Unentgeltliche Beratung der Mütter, Heberwachung der Säuglinge sind unentbehrliche Einrichtungen. Die Einrichtung von Krippen ist nicht nur für die größeren Städte, sondern namentlich auch für die Erntezeit auf dem Lande unbedingt notwendig. Immerhin ist die Säuglingsfürsorge schon besser aufgebaut, als die Fürsorge für die Kleinkinder. Es müssen überall Kleinkinderhorte geschaffen werden. Mit ungeheurer Vorkenntnis muß uns das Bewußtsein erfüllen, daß vieles, was jetzt unmöglich ist, vor dem Kriege mit Leichtigkeit hätte geschehen können. (Sehr wahr!) Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Kranken- häuser, Spitäler und Hauspflegeorganisationen. Nichts ist schrecklicher als das Schicksal einer kranken Familienmutter. Jeder andere Mensch kann sich mit mehr Ruhe ins Bett legen, als eine kranke Familienmutter. Selbstverständlich muß die Frau in der Gemeinde auch für die Errichtung von Lungenheilanstalten, Wälderholungsstätten usw. eintreten. Das der Gesundheitszustand im allgemeinen aufs engste mit den Wohnungsverhältnissen zusammenhängt, und diese wieder mit der Wohnungsreform, ist allgemein bekannt. Alle diese Arbeit ist in einem Wohlfahrtsamt zusammenzufassen. Frauen bringen dazu im allgemeinen das meiste Verständnis mit, und daher darf auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege die männliche Überlegenheit nicht anerkannt werden, sonst verübeln wir uns an der Sache.

Als dritte Referentin sprach Frau Wachenheim - Berlin über

Vereinstätigkeit in der Gemeinde.

An den Frauenvereinen, Wohlfahrtsvereinen und Bildungsvereinen läßt sich am leichtesten zeigen, wie die sozialdemokratischen Frauen sich zum Vereinsleben in der Gemeinde überhaupt zu stellen haben. Die sozialdemokratischen Frauen haben es abgelehnt, in die sogenannten neutralen Frauenvereine hineinzugehen, weil die Befreiung der Frau nach unserer Auffassung nur durch den Klassenkampf der Arbeiter möglich ist. In der Tat durch die bürgerlichen Frauenbewegung nicht einmal die Aufgabe, die einfachsten weiblichen und menschlichen Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Selbst eine Helene Lange billigte die Mäxregelung von Frauen, die uneheliche Mütter waren, mit der platten Aussage, daß heute einmal die Gesellschaft in der unehelichen Mutterschaft eine Verbesserung der Gesellschaft sei, was uns nicht einer Gesellschaftsordnung, die schon am Aussterben ist. Es fehlt in den bürgerlichen Frauenvereinen die große Einheit der Gesinnung, und weil sie nicht umfassend gestalten können, sterben sie allmählich ab. Die allgemeine Verurteilung schließt natürlich nicht aus, daß wir bei einzelnen Berufstätigkeiten, z. B. bei einer Kundgebung für einen weiblichen Arbeitsnachweis, mit solchen Vereinen zusammengehen. Auch die Beteiligung an den Hausfrauenvereinen müssen wir ablehnen, weil bei der Verschiedenheit des bürgerlichen Lebens und des Lebens einer Arbeiterfamilie eine gemeinsame Ausbildung nicht in Frage kommt. Die Hausfrauenvereine entwickeln sich immer mehr zu reinen Arbeiterorganisationen. Wir brauchen das nicht zu bedauern, denn wir erhalten dadurch Vertragskontrahenten für Tarifverträge, aber natürlich ist für uns dann in diesen Vereinen kein Platz. Wir müssen die hauswirtschaftliche Ausbildung der Arbeiterfrauen selber in die Hand nehmen und eigene Gründungen zu diesem Zweck versuchen. Was die Wohlfahrtsvereine angeht, so ist es richtig, daß sie Stützwerke für die öffentliche Wohlfahrtspflege leisten können. Dessen ungeachtet müssen wir für die öffentliche Wohlfahrtspflege eintreten. Unser Ziel bleibt aber immer, der Wohlfahrtspflege das Datum der privaten Wohltätigkeit zu nehmen. Auch hier die Vereinsarbeit in der Gemeinde teils die Gefahr der Zerstückelung in sich. Jedenfalls müssen wir streng darauf achten, daß nicht minderwertige Vereine gemeinschaftliche Mittel aufzehren. Alle Vereine, auch die heute nicht so entbehrlichen, müssen in die Gemeinbewohlfahrtsämter eingegliedert werden. Unsere Organisation muß es ablehnen, als Wohlfahrtsverein selbständige Fürsorge zu treiben, aber im Dienst der öffentlichen Körperlichkeit müssen wir uns betätigen und unsere Kräfte zur Mitarbeit zur Verfügung stellen. Außerdem werden wir für die Volkshilfsungsarbeit die freiwillige Hilfe derjenigen, die wir bilden und erziehen wollen, brauchen.

In der Debatte über die drei Referate begründete Frau Quark-Hamerslag einen Antrag zugunsten umfassender sozialer Gesundheitspolitik, insbesondere Einführung der ärztlichen Meldepflicht für alle Geschlechtskrankheiten, Abänderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches, Beseitigung der Verfolgung unehelicher Mütter, die Beamte oder öffentliche Angestellte sind, so auch Beitritt des Deutschen Reiches zum internationalen Abkommen über Beschäftigung und Pflege der arbeitenden Mütter. Zugleich wendet sich der Antrag und seine Begründung gegen die Verschleppungstaktik und frauenfeindliche Haltung der meisten deutschen Staaten unter Führung Bayerns im Reichsrat, bei dem z. B. das Gesetz über die Geschlechtskrankheiten schon seit dem 1. März 1920 zur Begutachtung ruht.

Frau Schilling-Döbeln erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es sind 100 Delegierte aus 32 Bezirken anwesend, 14 Parteigenossen und 86 Genossen. Vertreter sind ferner der Parteivorstand mit 3, der Parteiausschuß mit 3, Reichstagsfraktion mit 5 Genossen, die Landtagsfraktion, Bildungsausschuß, Ortsausschuß für Arbeiterwohlfahrt und die Programmkommission. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Nachmittagsführung.

Frau Schreiber-Berlin (M. d. R.) beklagt die Verschleppung des Gesetzesentwurfes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und tritt für die Rechte der unehelichen Mütter ein. Nicht darauf kommt es an, in das gegenwärtige Glend möglichst viele Kinder hineinzusehen, sondern darauf, eine vernünftige Beschäftigungspolitik zu treiben.

Frau Bohm-Schuch: Die Demobilisierungsbestimmungen, welche die erhebliche Arbeit verheirateter Frauen zum großen Teil unmöglich machen, müssen endlich fallen. Die Betriebsräte sind den Frauen gegenüber noch reaktionärer als die Beamten. Nur die wirtschaftliche Freiheit bedingt die moralische Freiheit. Nur eine an sich freie Mutter kann auch freie Kinder erziehen.

Frau Gert-Stuttgart bittet um Unterstützung der Genosseninnen, die die Beseitigung des § 218 des Strafgesetzbuches wünschen. Besondere Beachtung verdient der Antrag, der Berufsorganisationen der Hausfrauen auch durch unsere Genosseninnen ins Leben zu rufen wünscht. Ein volles Bedürfnis zur Gründung dieser Organisationen liegt nicht vor, denn

unserer Konsumenteninteressen können wir in den Konjunkturverhältnissen, unsere gewerkschaftlichen Interessen in den Gewerkschaften wahren und in der Partei unsere politische Meinung ausprechen.

Frau Dörfel-Reich wünsch in den Schulen und auch bei den Frauen Aufklärungsarbeit in Bezug auf körperliche Hygiene und fordert ein Gesetz, das bei der Beschäftigung ein Gesundheitsattest verlangt. In Hand dieses Gesetzes muß dann von einer ärztlichen Kommission festgestellt werden, ob Kinderzeugung gestattet ist oder nicht. In der Schule müßten die Kinder Unter-richt über Hygiene und über Vorbeugung gegen ansteckende Krankheiten erhalten. (Lebhafte Zustimmung.)

Frau Wolff: Die Beschäftigung, in leitender Stellung in Kommunen zu stehen, fehlt den Frauen nicht, aber es fehlt das Selbstbewußtsein, diese Tätigkeiten in den Vordergrund zu bringen.

Regier.-Hamburg vertritt den Antrag Hamburg auf Errichtung von Hausfrauenorganisationen. Der Antrag sei durchaus nicht überflüssig. Vertretungen der Hausfrauenberufsorganisationen sollen als Vertreter der Hausfrauen in den Reichswirtschaftsrat und in die allgemeinen Konsumententammern, also in öffentlichen Einrichtungen des Staates, herufen werden. Bisher gab es nur bürgerliche Hausfrauenorganisationen. Die Hausfrauen würden also nur von bürgerlicher Seite vertreten werden. Deshalb ist ein Gegengewicht notwendig. Auch müßte eine solche Organisation dazu übergehen, die berufliche Ausbildung der Frau zu fördern.

Frau Wartenberg: Wir haben in Altona als erstes für die Errichtung einer großen Entbindungsanstalt und eines Kinderheimes gefordert. Wir haben ein Landpflegeheim geschaffen, und wir haben unsere Volksschulen gleichseitig mit Jugendheimen verbunden. Jetzt fehlt uns nur noch ein Säuglings- und Mütterheim. Bei der Wohlfahrtspflege werden leider nicht einmal Genossinnen für voll genommen, die einen halbjährigen sozialen Kursus mitgemacht haben.

Frau Hanna: Zwei Gebiete werden von den Frauen noch zu wenig beachtet: Die Arbeitsvermittlung und die Berufsberatung. Die ärztlichen Berater unterliegen die Arbeitnehmenden nach Grundbesitz, die wir nicht anerkennen können. Aber 66 2/3 Prozent erwerbsbeschränkt ist, bekommt keine Unterstützung. Wir verlangen eine Unterstützung nach Grundbesitz, die feststellen, ob der Kranke nicht für einen bestimmten Beruf noch erwerbsfähig ist. Leider haben wir oft den Widerspruch der proletarischen Mütter bei der Berufsberatung der Jugendlichen zu überwinden. Wir dürfen nicht in sogenannten sozialistischen Arbeitergemeinschaften mit bürgerlichen Frauen zusammenarbeiten; denn diese Arbeit bekämpft diejenige der sozialdemokratischen Frauenbewegung. (Zustimmung.) Die bürgerlichen Frauen haben oft gegen Fraueninteressen gestimmt.

Toni Pfülf-München: Es gibt ein Land — China —, das sich mit einer großen Mauer gegen jeden Fortschritt abgeschlossen hat. Ich komme aus bürgerlichen Kreisen und gehe noch heute öfters zu denen, weil ich die chinesische Mauer durchbrechen möchte. Gerade für unsere kommunalpolitische Arbeit brauchen wir diese Aufklärung. Die bürgerlichen sind nicht schlechter als wir, sie sind nur in engen Kreisen groß geworden. Auch bei uns flücht man zuweilen auf größtem Widerstand. Ich hatte in einer Frauenversammlung gesagt: Tölpeln dürfen keine Kinder zeugen. Den Erfolg dieses Wortes will ich Ihnen nicht schildern. Familienziehung ist nur anvertraute Gemeinschaftserziehung. Das muß unser Ziel sein.

Frau Wartenberg-Büdingen: Die Männer haben lange in den Gemeinden auf Gebieten arbeiten müssen, die eigentlich den Frauen zukommen. Die Mitarbeit der bürgerlichen Frauen hat übrigens nachgelassen, weil es keine Orden mehr gibt. (Sehr richtig!) Die Zentralisierung der Wohlfahrtsorganisationen wie sie Frau Wachenheim fordert, wird in der Praxis an Schwierigkeiten scheitern. Die Hauptsache ist, daß wir die richtigen Leute an die Spitze stellen und unsere eigenen Töchter mühen wir als Sozialbeamtinnen auszubilden.

Frau Schmidt-Altona: Auch ich verspreche mir von den Arbeitsgemeinschaften mit bürgerlichen Frauen nichts. In Hamburg haben wir ihnen nur die Kastanien aus dem Feuer holen lassen. Wir werden allein fertig.

Damit schließt die Debatte. Es folgen die

Schlussworte.

Frau Wachenheim: Parteipolitische Hausfrauenorganisationen würden wir nicht billigen. Sie müssen allgemein profanitarisch sein, wenn sie Macht haben wollen. Gewiß müssen wir zu bestimmten Zwecken mit bürgerlichen Frauen zusammenarbeiten. Aber vielleicht können die Genossinnen die Zeit, die sie pazifistischen Organisationen zuwenden, öfter der Partei widmen.

Frau Dr. Schoefer: Auch bei dem gegenwärtigen Geldmangel läßt sich manches erreichen. Namentlich die Zusammenfassung der Wohlfahrtsorganisationen. Dazu gehören auch die privaten Anstalten. Das Heiraten gönne ich allen von Herzen, aber es ist eine Gewissenlosigkeit, daß Eltern ihre Kränkheiten auf die Kinder vererben. Auch die Erziehung gehört zur Menschensozialonomie.

Wutzki-Berlin: Wir müssen versuchen, die Mittel für die Wohlfahrtspflege zu bekommen. Gerade deshalb brauchen wir die Mithilfe der Frauen.

Die Verhandlung wird vertagt auf Sonntag, morgens 8 Uhr.

Volkswirtschaft

Die Sozialisierung des Wohnungswesens.

Nachdem der Versuch zu einer Einigung in der Frage, wie das Wohnungswesen endgültig zu sozialisieren, innerhalb der Sozialisierungskommission fehlgeschlagen ist, hat man sich auf eine vorläufige Lösung geeinigt. Dieses Provisorium hält die Kommission für notwendig, da anderenfalls ein Zusammenbruch der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen drohen würde. Es lautet in den wesentlichen Grundzügen:

1. Für alle (auch die vom Eigentümer) zu Wohn- und Gewerbebezwecken benutzten oder benutzbaren Wohnungen oder Gewerberäume wird eine Grundmiete festgesetzt, die der Eigentümer ungetulzt erhält. Die Grundmiete wird so bemessen, daß zur normalen Miete vom 1. Juli 1914 ein Zuschlag gemacht wird, der die notwendigen Mehrausgaben für die allgemeine Erhöhung der Hypothekenzinssätze, für die Nebenkosten (Steuern, Gebühren aller Art usw.), für laufende Unterhaltung und für einen Teil der großen Reparaturen deckt und eine angemessene Vergütung für die Arbeitsleistung der Hausbesitzer enthält.

2. Die Kommission geht davon aus, daß die für den Neubau erforderlichen Geldmittel nicht als Zinsen einer in einer längeren Reihe von Jahren zu tilgenden Summe, sondern, wenn irgend möglich, durch Kapitalhingabe aufgebracht werden sollen. Legt man einen jährlichen Bedarf von 5 Milliarden Mark zugrunde, so würde eine Erhöhung der Grundmiete um 100 Prozent der Friedensmiete notwendig sein. Die Kommission hält es für richtig, daß dabei für eine angemessene Erhöhung der Löhne und Gehälter unter Vermeidung sozialer Kämpfe gesorgt wird.

3. Der Höchstmietpreis für Wohnungen wird gemäß 1 und 2 festgesetzt. Die Miete der gewerblich benutzten Räume ist alsbald der freien Preisbildung zu überlassen.

4. Die zu 2 vorgesehene Erhöhung der Miete über die Grundmiete hinaus soll der Gemeinde mit den nachstehend erwähnten Einschränkungen zufallen; von einer weiteren Mieterhöhung für gewerbliche genutzte Räume erhält die Gemeinde 90 Prozent als Steuer.

Hier legen wieder die Meinungsverschiedenheiten ein. Diejenigen Mitglieder der Sozialisierungskommission, die an die Sozialisierung des Wohnungswesens nicht glauben — ohne es auszusprechen —, machen verschiedene Vorschläge zur Besteuerung, die zu einem wesentlichen Teil für produktive, zu einem anderen für soziale Zwecke gedacht ist. Einige Mitglieder wollen den die Grundmiete übersteigenden Teil als Steuer erheben und dem Hauseigentümer erst weitere 10, andere 25 Prozent von demselben Betrag zubilligen, der 100 Prozent Zuschlag übersteigt. In beiden Fällen handelt es sich um eine Art Wertzuwachssteuer. Anders die gemeinwirtschaftlich orientierten Mitglieder Dr. Hilferding, Wislitz, Kautsk, Lebedour, Ballob; sie empfehlen das 25fache des 100prozentigen Zuschlages als 4prozentige Grundschuld zugunsten der Gemeinde an erster Stelle einzutragen. Für nicht ganz oder teilweise vermietete, vom Eigentümer selbst zu Wohn- oder Gewerbebezwecken benutzte Gebäude soll eine 4prozentige Grundschuld in entsprechender Höhe zugunsten der Gemeinde an erster Stelle eingetragen werden.

Damit ist der Weg gewiesen, der zum Anfang einer wirklichen Sozialisierung des Wohnungswesens und zum wirklichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Besteuerungen des Wertzuwachses führt. Einige interessante Schlussbestimmungen, in denen die Sozialisierungskommission wieder einig ging, vervollständigen das Bild:

Die Verwendung vorhandener Wohnungen zur Schaffung von Gewerberäumen ist nur bei einem gleichzeitigen Ersatz durch Neubau von Wohnungen gestattet. Bei Gewerberäumen, die der Eigentümer selbst benützt oder unter dem Marktpreise vermietet, wird der zu schätzende angemessene Mietwert versteuert.

Die Zinsen der Grundschuld und der Ertrag der Steuer sind zum Neubau und zur Deckung eines Anteils der Kosten für Instandhaltung von Gebäuden (große Reparaturen) sowie zum Ausgleich von Härten und zu Mietbeihilfen für kinderreiche oder sonst notleidende Familien zu verwenden. Soweit Beträge für diese Zwecke nicht verwendet werden, können sie nur nach vom Reiche zu erlassenden Bestimmungen anderen Aufgaben dienlich gemacht werden.

Die letztere Bestimmung gibt der Besteuerung wieder den fiskalischen Anstrich. Sie stellt es der Regierung frei, die Erträge auch zu anderen Zwecken zu verwenden, was — nach dem Beispiele der „sozialen Ausfuhrabgabe“ — in der gegenwärtigen Finanznot des Reiches nicht lange auf sich warten lassen dürfte. Geschieht das aber, so haben wir tatsächlich an den Vorschlägen nichts anderes als verschiedene Spielarten der Goldbesteuerung auf den städtischen Grundbesitz. Unter diesem steuerebenen Gesichtspunkte aber erscheint es besser, gleich gründliche Arbeit zu machen und nicht eine Papiermarkhypothek, sondern eine den wachsenden Geldwertverhältnissen sich anpassende Goldmarkhypothek zu wählen. Aber auch im Sinne der Wohnungssozialisierung ist nur die Eintragung der Grundschuld annehmbar, weil sie ein unmittelbares Recht auf den Grundbesitz selbst bringt. Dieses könnte dann den Auftakt zu einer Sozialisierung bilden, hört aber auf, es zu sein, wenn die Hypothekenzinssätze nicht mehr produktiven Zwecken zugewandt werden sollten, sondern in den Reichssäckeln fließen. Der begrifflichen und der politischen Klarheit wegen muß das festgehalten werden.

Darum in jedem Falle: Her mit der Grundschuld zugunsten der Allgemeinheit! Bringt sie nicht den erhofften Anfang einer Sozialisierung des Wohnungswesens, so wird diese auf anderem Wege, jedenfalls unabhängig von den allgemeinen Steuerfragen, erfolgen müssen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 17. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	17. Sept.	16. Sept.	
Amsterdam	100 fl.	3221.75	3416.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	709.25	751.70
Kristiania	100 Kr.	1911.15	1401.05
Kopenhagen	100 Kr.	1778.20	1910.55
Stockholm	100 Kr.	2177.80	2340.15
Helsingfors	100 finn. Mk.	141.85	139.60
Rom	100 Lire	430.55	455.50
London	1 £	374.60	401.05
New York	1 Doll.	100.99	107.89
Paris	100 Frs.	719.25	759.20
Zürich	100 Frs.	1758.20	1858.10
Madrid	100 Pesetas	1533.65	1839.55
Wien	100 K.	9.78	9.68
Budapest	100 K.	17.98	20.87
Prag	100 K.	119.85	127.85

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 18. September 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Lage	Stb.
D.	Johanna Lehmann	Wethmann	Emden	1 1/2			
D.	Otto Zppen 25	Ulee	Wismar				
S.	Marie	Dansen	Lübeck	1			
S.	Valloe	Christensen	Svendborg	1			
S.	Ellen	Jansen	Nakstow	2			
D.	Bredow	Fuß	Malmö	1			
D.	Gautbiød	Carlson	Stockholm	2			
D.	Westruppen	Raffon	Kopenhagen	14			
S.	Leni	Jürgens	Kopenhagen	4			
S.	Hans	Rahmussen	Marssat	1			
D.	Peter Wulsternann	Augustin	Stettin	1			
D.	Harabson	Lenin	Antwerpen	2			
D.	Olufse	Egert	Odense	1			
D.	Erave	Wermart	See	12			
S.	Richard	Grönmacher	Roumo	14			
S.	Marita	Behrmann	Marbus	8			
S.	Saloon	Wachs	Naarhus	3			
S.	Jephr	Chmann	Welle	1			
S.	Hendria	Went	Kopenhagen	2			
D.	Frey	Lindblom	Kopenhagen	2 1/2			
S.	Anna	Isberg	Odense	2			
S.	Hertules	Nelsen	Gamburg	2			
S.	Unioerium	Kade	Amsterdam	11			
D.	Kunsmann	Jantowky	Kranfort	4			
S.	Anna-Lise	Birmann	Kopenhagen	1 1/2			
S.	Christin	Johannsen	Kopenhagen	1			

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Gemeinwesen: M. Hermann Bauer; für Freistaat Lübeck und den übrigen Teil August Schulz; für Inverale Heinrich Steinberg, Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

Maffin

für Kleider, Mäntel, Blusen, Kostüme, Wäsche und Unterzeuge sind bei der immer weitergehenden Entwertung unseres Geldes, bei den tortwährend anziehenden Preisen in der Fabrikation, bei dem vollständigen Verbrauch aller Reserven, der begehrteste Artikel unseres Hauses. Wir

bleiben

mit unseren Preisen dort stehen, wo Sie uns in der billigsten Zeit dieses Jahres (Mai-Juni) gesehen haben. Ein großer Teil unseres Warenlagers ist noch billiger als damals, weil wir gerade in diesen Monaten unsere Einkäufe für Herbst und Winter machen mußten. Wir sind also gegen die heute geforderten Preise ungewöhnlich

billig

Kleiderstoffe

Reinwollene Gabardine, 130 cm, in verschiedenen Farben Meter **98.-**
 Reinwollener Cheviot, 105 cm, mar neblau Meter **39.50**
 Reinwollener Mantel-Velour, 130 cm, in verschiedenen Karos Meter **98.-**
 Reinwollene Schotten, 130 cm, in neuen Mustern Meter **65.-**
 Reinwollene Blusenstoffe, gestreift, 70 cm breit Meter **33.-**

Seidenstoffe

Kleiderseide, Messaline-Palette, weiche Qual., in viel. Farb., dopp. brt. 126.- 98.- **88.-**
 Seiden-Trikot, 130 cm breit, in schönen Modefarben Meter **130.-**
 Römische Streifen, in Taft und weicher Seide, doppelt breit. Meter **150.- 88.-**
 Gemust. Seidenstoffe, 90/100cm, Crepe de Chine u. Japon, in mod. Must. 158.- 115.- **90.-**
 Mantelsamt, 70 cm breit, schöner hoher Flor Meter **175.- 130.- 98.-**

Waschstoffe

Mousseline in soliden dunklen Mustern Meter **9.40**
 Zephir für Washkleider und Blusen Meter **10.50**
 Waschmousseline, doppelt breit, reichhaltige Ausmusterung Meter **13.80**
 Percal raye, Neuheit in entzückenden Farbstellungen Meter **19.80**
 Kostümfutter, doppelt breit, Damast und Serge Meter von **35.-** an

Karstadt

Mitesser

Stiel
 im Gesicht u. am
 Körper beseitigt rasch u.
 zuverlässig Zucker's Patent-
 Medizinisch-Seife. Nach jeder
 Waschung. Zuckooch-Creme
 nachbehandeln. Krappente
 Wirkung, von Lausenden be-
 stätigt. In allen Apotheken,
 Drogerien, Parfümerie- und
 Eisengeschäften erhältlich.

Empfehle! (6638)
Vorberichten
 Band 12 und 13 Nr.
H. Vick
 Beckergrube 21.

Rheumatismus
 Ischias
 Grippe (6632)
 Rücken- und Muskelschmerzen
 beseitigt

Mesal
 pr. Flasche 2.70 u. 4.80 Mk.
Ferd. Kayser
 Breite Straße 81.

Gold, Silber, Platin
 kauft ständig höchstzahlend
C. Porté, Goldschmied,
 26 Fleischhauerstraße 26
 (6632)

Morgen Dienstag, d.
 20. d. M., nachm. 3 Uhr
 freiwillige (6638)

Auktion
 bei Faas in Südnb.
 Besichtig. 2 Stund. vorher.
Ernst Clasen
 Auktionator, Südnb.

Die Abreibung
der Leibesstränge
 von Univ.-Professoren
 A. Großhahn u. G. Raubtruch
Wichtig
 für Eheleute, Aerzte
 und Hebammen!
 Preis M. 2.-

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
 Johannisstraße 46.

Hausstandslumpen,
 Papier, Knochen usw.
 kauft zu den höchsten
 Tagespreisen (6630)

Cohn,
 Hackenburg, Allee 58, Keller.

Gebt Obdach den
Wohnungslosen!

Zwei Vorkläge
 zur Gewinnung der Mittel
 zum Wohnungsbau
 von Rechtsanwalt
 Hermann Breher, Lübeck
 und
 Dr. Ludwig Herpel, Kiel.
 Preis 1.50 Mk.

Eine Nachschrift:
 75 Prozent Aufschlag zum
 Mietspreis sind rechts-
 ungültig!

Zu haben: (18006)
 Buchhandlung
 Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstr. 46
 und allen anderen Buch-
 handlungen.

Die neuen
Postgebühren
 — 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Am 17. September,
 morgens 2 Uhr, ver-
 schied nach kurzer
 schwerer Krankheit
 meine liebe Frau
Wilhelmine Rebenstörp
 geb. Benthin
 in ihrem 46. Lebensjahr.
 Dies zeigen hierbe-
 steht an (6653)
L. Rebenstörp u.
Familie,
H. Popp u. Frau
 geb. Benthin.
 Die Beerdigung für
 den Dienstag nachmit-
 tag 24. Uhr auf dem
 Friedhof Friedh. Amt.

Geht 1 Kofferherd,
1 Kofferherd,
 in oder außer dem Hause
 (665) **H. Zietz,**
 Hackenburg Allee 42c.

Nachruf.
 Am 18. d. M. starb
 unser Mitarbeiter, der
 Schlosser (6641)
Ludwig Wolff.
 Er war uns ein
 treuer Kamerad. Sein
 Andenken wollen wir
 in Ehren halten.
Arbeitserschaft der Firma
Villroy & Koch.

Blanzschere
 übern. sämtl. Ar-
 beiten Handarb. v. M. Geß
 Aug. u. B. L. a. d. Gr. (6629)
 Umgehende u. d. Besorgung
 für 80 Mk. zu verkaufen.
 (6661) Sadowstr. 25, II.
 3. u. 1000 Bld. Nachmachd
 (6636) Josephstraße 24.

1 farbig. Anzug bill. zu verk.
 (6652) Wiedebtr. 68, par
 Zu verk. e. Rinderm., 1 B.
 la. Stiesel, 1 Blockwagen.
 (6655) Weiser Lohberg 17l.
 Zu verk. Bett m. Bett-
 stelle und Matras. (6659)
 Quiesstraße 17.

1 B. Halbsh. 1 B. wälein.
 Halbsh. Nr. 37, zu verk.
 (6644) Burgstraße 6a.

2 Esig
 Ferkel von
 145 Mk. an
 u. Zünger
 zu verkaufen. (6651)
 Krempele-dorfer Allee 6a.

Bano u. altes Gello
 zu kaufen o.
 zu verk. (6655)
 Anged. nur m. Viel. unter
 B. u. 3816 a. d. Gr. d. 24
 Schweinefleisch v. 20 qm 1,50l.
 Dreier 3. L. gel. C. m. Fr.
 u. S. S. an die Gr. (6637)

Kleine Anzeigen

im **Lübecker Volksboten**, bei denen
 Käufer und Verkäufer innerhalb der
 werktätigen Bevölkerung zu suchen
 sind, werden vormittags bis 10 Uhr
 Johannisstr. 46 angenommen u. haben

großen Erfolg!

Freistaat Lübeck.

Montag, 19. September.

Bürgerchafts-Kandidatenliste der Sozialdemokratischen Partei.

Die am Freitag im Gewerkschaftshaus stattgehabene Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins hat folgende Genossen und Genossinnen aufgestellt: 1. Ehlers, Gustav, Angestellter; 2. Haut, August, Geschäftsführer; 3. Dreger, Alfred, Gewerkschaftssekretär; 4. Löwig, Adolf, Gewerkschaftsbeamter; 5. Schermer, Ernst, Lehrer; 6. Walfstadt, Hermann, Parteisekretär; 7. Dr. rer. pol. Leber, Jules, Schriftleiter; 8. Thies, Christ, Defonon; 9. Mengel, Helene, Hausfrau; 10. Bruns, Wilhelm, Schneider; 11. Bed, Asmus, Kassenangestellter; 12. Koedat, Luise, Hausfrau; 13. Rasbohm, Walter, Eisenbahnarbeiter; 14. Große, Gustav, Schloffer; 15. Müller, Karl, Hafenanarbeiter; 16. Puls, Heinrich, Bäcker; 17. Hagelstein, Hans, Bureaugehilfe, Travemünde; 18. Kleinfeld, Adolf, Gewerkschaftsbeamter; 19. Jählsdorf, Elisabeth, Hausfrau; 20. Steinberg, Heinrich, Geschäftsführer; 21. Dr. phil. Riehl, Willi, Direktor; 22. Körner, Johannes, Buchdrucker; 23. Schulz, August, Schriftleiter; 24. Kad-den, Johannes, Gewerkschaftsbeamter; 25. Both, Hermann, Gast-leiter; 26. Müller, Fritz, Maurer; 27. Heuer, Ernst, Lehrer, Moor-garten; 28. Meyer, Karl, Schloffer, Moisling; 29. Niecher, Adolf, Lagerhalter, Borwerk; 30. Schäper, Heinrich, Lagerhalter, Skä-puh; 31. Wegner, Wilhelm, Landwirt, Dummerdorf; 32. John, Heinrich, Handlungsangestellter; 33. Dr. jur. Haun, Oskar, Steuer-Inspektor; 34. Schröder, Peter, Wertmeister; 35. Knapp, Emil, Korner; 36. Passarge, Otto, Maurer; 37. Reißberger, Georg, Kassenangestellter; 38. Reppenhausen, Johannes, Geschäftsführer; 39. Göhr, Richard, Sekretär; 40. Breher, Hermann, Rechts-anwalt; 41. Wagner, Georg, Polizei-Oberwachmeister; 42. Tim-mermann, Karl, Apotheker; 43. Olsch, Wilhelm, Tischler; 44. Mirow, Karl, Obersekretär; 45. Raping, Georg, Geschäftsführer; 46. Gogowsky, Josef, Arbeitersekretär; 47. Nuppenau, Heinrich, Geschäftsführer; 48. Steen, Fritz, Maurer; 49. Laudorn, Friedrich, Buchhalter; 50. Nothe, Friedrich, Schneider; 51. Warnke, Adolf, Gewerkschaftsbeamter; 52. Saarl, Georg, Kontroller; 53. Burf-hardt, Friedrich, Drechsler; 54. Lange, Johannes, Oberassistent; 55. Zimmermann, Sverin, Buchbinder; 56. Sohren, Johan-nes, Staatsarbeiter; 57. Wegner, Wilhelm, Schneider; 58. Wölfer, Hermann, Wörner; 59. Storm, Karl, Zimmerer, Schönböden; 60. Wöhr, Gustav, Arbeiter; 61. Wulf, Heinrich, Lagerhalter; 62. Köhler, Gustav, Arbeiter, Borwerk; 63. Becker, Hermann, Musiker; 64. Müller, Rudolf, Feuerwehrmann; 65. Ehrhart, Fried-rich, Arbeiter; 66. Kam, Maria, Hausfrau; 67. Sehmkuhl, Franz, Obermeister; 68. Dertmeier, Max, Dreher; 69. Lüth, Karl, Tischler; 70. Schmalzfeldt, Paul, Schmied; 71. Roth, Fritz, Hafen-arbeiter; 72. Johannsen, Hans, Köcher, Travemünde; 73. Beck-mann, Wilhelm, Lagerhalter; 74. Jafobi, Fritz, Gewerkschafts-beamter; 75. Bries, Heinrich, Köpfer; 76. Alwert, Wilh. Zu-schneider; 77. Meier, Frieda, Hausfrau; 78. Ostermeyer, Herbt-land, Arbeiter; 79. Busch, Johann, Arbeiter; 80. Werner, Fritz, Maurer.

Achtung Tischler! In einem Teil der bürgerlichen Presse werden eine Anzahl Tischler für die Vulkan-Werke, Schiffswerft in Hamburg, gesucht. Aus diesem Grunde mehrten sich bei der unterzeichneten Organisation von Seiten der Tischler aus allen Teilen Deutschlands die Anfragen über die Verhältnisse in Ham-burg. Wir müssen alle Kollegen warnen, nach dort zu gehen. Die Arbeiter der Werften und der Eisenindustrie stehen in einer *sohne Bewegung*. Der so dringend notwendige erheblichen Lohnerhöhung steht ein ungenügendes Angebot der Werft- und Stangenarbeiter gegenüber, jedoch die Auswirkungen dieses Zu-satzes nicht abzusehen sind. Befremdend aber ist, daß arbeits-lose Tischler aus Hamburg auf der Werft nicht eingestellt werden und daß die aus Unkenntnis der Dinge zugewiesenen Kollegen in nicht bei der Werft gelegene Massenquartiere verwiesen werden, sodaß vermutet werden muß, sie sollen eventuell als Werkzeuge gegen ihre Klassen Genossen verwendet werden. Die Vermittlung nach Hamburg erfolgt nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis der Holzindustrie. Von auswärts kommende bedürfen der Arbeits-erlaubnis des Arbeitsamtes.

Deutscher Holzarbeiterverband Verwaltungsstelle Hamburg.

Bezirksbildungsausschuss Mecklenburg-Lübeck. Im Laufe die-ses Winters werden vom Bezirksbildungsausschuss vier Licht-bildervorträge veranstaltet. Trotz der hohen Unkosten

werden die Preise für diese Veranstaltungen so niedrig gehalten sein, daß jedermann sie besuchen kann. Eine Karte für alle vier Vorträge kostet 6 Mk., der Einzelvortrag im Vorverkauf 2 Mk., an der Abendkasse 2,50 Mk. Folgende Künstler werden sprechen: Dr. Köppen, Berlin, über „Klinger“, Hrl. Kottmann über „Im Schwarzwald“, Dr. Klaudius, Wilhelm Busch“, Ferd. Nicolai „Auf den Spuren Wilhelm Tell durch die Urschweiz“. — Es handelt sich in allen Fällen um hervorragende Kräfte, deren Ruf einflügelnd ist. — Am 6. Oktober spricht Dr. Köppen über „Klinger“. Der Vortrag wurde u. a. auch in Berlin begeistert aufgenommen. Klinger, dieser einzig dastehende Künstler, ist in weiten Kreisen unseres Volkes noch viel zu wenig bekannt. Dr. Köppen, der ein persönlicher Freund des großen Meisters war, weiß in die Ideenwelt Klingers vorzüglich einzuführen und bringt eine Lichtbildreihe, die in jeder Beziehung prächtig genannt werden muß. — Niemand veräume, schon jetzt sich mit Karten zu versehen, die im Gewerkschaftshaus sowie bei Meyer u. Co., Johannisstraße zu haben sind. Eltern mögen auch ihre heran-wachsenden Kinder mitebringen. Unsere Arbeiterjugend darf hier nicht fehlen. Der Bezirksbildungsausschuss verliert, das Allerbeste zu bieten. Er kann diese Bestrebungen auf die Dauer aber nur verfolgen, wenn er von allen Seiten unterstützt wird. Jeder be-sondere sich Karten!

Postkaffees. Postverkehr mit Oberschlesien. Vom Reichspostministerium wird geschrieben: „Die bisher als alleinige Ausnahme noch bestehende Beschränkung der Wertgrenze bei Briefen und Paketen nach einem Teil von Oberschlesien wird aufgehoben. Sendungen mit unbeschränkter Wertangabe sind mit-hin nach allen Orten Oberschlesiens wieder zugelassen. — Im Postverkehr nach Argentinien werden von jetzt an Post-pakete mit Wertangabe bis 5000 Franken auf dem Wege über Hamburg sowohl mit Schiffen der Stinnes-Linie als auch mit Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie und der Hamburg-Süd-amerikanischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft befördert. — Rün-digungsfrist der Fernsprechteilnehmer. Hinsichtlich der Kündigungsfrist der Fernsprechteilnehmer gilt vom 1. Oktober ab nach der neuen Fernsprechordnung die Bestimmung, daß der Teilnehmer und die Telegraphenverwaltung das Teilnehmerver-hältnis jederzeit zum Ende eines Kalenderjahres unter Ein-haltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten schriftlich kündigen können. Die Kündigung gilt noch als rechtzeitig bewirkt, wenn sie dem anderen Teile am dritten Werktage des Kalenderjahres zugesucht, zu dessen Ende das Teilnehmerverhältnis gelöst werden soll. Sie kann sich auf die Gesamtheit oder auf einzelne Teile der Einrichtungen erstrecken. Wird eine Kündigung vor Aufhebung der Einrichtungen zurückgezogen, so hat der Teil-nehmer der Telegraphenverwaltung die von ihr schon aufgewen-deten Kosten, mindestens 20 Mark für nutzlose Verwaltungsarbeit, zu erstatten. Für die Dauer der Schließung eines Anschlusses werden künftig die laufenden Gebühren auf Antrag anteilmäßig erstattet, wenn der Anschluß länger als 14 Tage ununterbrochen vollständig außer Betrieb war. Das Gleiche gilt, wenn ein An-schluß ohne Verschulden des Inhabers aus technischen Ursachen betriebsunfähig geworden ist und die Unterbrechung, nachdem sie zur Kenntnis der Telegraphenverwaltung gelangt ist, länger als 14 Tage dauernd bestanden hat.“

Brückenperrung. Die Hübbrücke in der Hafentstraße ist am Dienstag, dem 20. d. Mts. für den Schiffverkehr gesperrt.

450 Mark für ein Zwanzigmärkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 19. bis 25. d. M. zum Preise von 450 Mark für ein Zwanzigmärkstück, 225 Mark für ein Zehnmärkstück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 63 000 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

„Das teure Brot.“ Wir veröffentlichten kürzlich ein der „B. z. a. M.“ entnommenes Spottgedicht über die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft von früher und heute. Die „Lü-b. Anzeigen“, die den hauptsächlichsten Inhalt dieses Gedichtes ihren Lesern mitteilen, glauben, dem „Volksboten“ und unserer Partei eins auszuweisen zu können, indem sie zum Schluß darauf hinweisen, daß die elende Ernährung nicht behoben ist, obgleich ein Arbeiter bereits drei Jahre Präsident der deut-schen Republik ist. Auch in kultureller und moralischer Hinsicht soll es ähnlich so liegen. Wir sind der Meinung, das Amtsblatt hätte alle Ursache zu schweigen. Ist doch die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß das von ihnen bejubelte be-rühmte „Stahlbad“ in erster Linie die Schuld an solchen Zu-ständen trägt. Am köstlichsten ist aber der Hinweis auf den Reichspräsidenten. Ja, hätte das deutsche Volk Wilhelm fest-gehalten und nicht nach Holland ausbrechen lassen, dann hätten wir heute herrliche Zeiten. Dann könnte der Arbeiter sich wieder fingerdicke Butter auftretchen und Würste so viel essen, als sein Magen nur vortragen kann. Dafür hätte Wilhelm sicherlich ge-

orgt. Er hatte ja bekanntlich ein Riesenslager der besten Lebens-mittel zulammengeschamkelt zu einer Zeit, als die große Masse des Volkes am elenden Hungertode nagen mußte und nichts be-saß, um den Magen zu füllen. Es ist doch schade, jammerschade, daß dieser so fürsorgliche und reiche Wilhelm entflohen ist.

Schlafwagen 3. Klasse. Die Einführung der Schlafwagen 3. Klasse auf den Reichseisenbahnen wird voraussichtlich schon bei der Einführung des Winterfahrplans, am 26. Oktober, erfolgen. Es wird sich, wie bei jedem Versuch, vorläufig nur um die Ein-stellung weniger Wagen handeln, deren Inneneinrichtung den bisher üblichen Schlafwagen ähnelt. Auf jeder Seite des Ab-teils sind drei Betten übereinander angeordnet, so daß das Ab-teil im ganzen sechs Plätze enthält.

wh. Stadthallen-Lichtspiele. „Die drei Tanten“ betitelt sich ein ganz niedliches Filmstück. Warum sollen auch nicht einmal die Tanten darüber zu bestimmen haben, ob ein junger Mann ein junges Mädchen heiraten darf? Noch dazu wenn es im Testamente des Onkels so bestimmt war! Ueberflüssig ist dabei nur das Komtessemmilieu à la Marquise, das in seiner Verlogenheit leider noch immer die einschlägige Literatur beherrscht. Das herzige Ding, die *Lothe Neumann* stellt die Hauptrolle dar. Sie ist eigentlich zu bedauern, daß sie immer und immer wieder in fast abgehandelter Manier spielen muß. Man sieht sie aber immer wieder gern. Die drei alten Tanten werden von *Josefine Dork*, *Olga Limburg* und *Emmy Woda* ganz vorzüglich auf die Leinwand gebracht. Der zweite Haupt-rolle, die *Amazona* ist nach einem Ulrichschen Roman be-arbeitet, in dem ein Fräulein mit viel sportlichen Qualitäten von einem Geliebten ohne ihr Wissen betrogen wird. In einem Duell wird der Don Juan von einem anderen Anbeter der Komtesse erschossen, weil er die Geliebte in der Trunkenheit in prahlerischer Weise herabsetzte. Davon weiß die von *Jo Maq* dargestellte Amazona indes nichts und sie bewahrt dem Erschossenen, der nur mit ihr getändelt hat, Liebe über das Grab hinaus. Ganz am Schluß erst wird der Schwindel von einem Freunde des echten Seidens aufgedeckt und sie kriegen sich am Ende doch noch. Dieser Kitz ist in eine glänzende Form gegossen mit prachtvollen Bildern, sodaß der Film noch ganz passabel genannt werden kann. In dem Einleitungschwank figelt *Leo Neukert* wieder einmal das Zwerchfell.

Schülervertretung bei Hagenbeck. Das erste Lübecker Gast-spiel Hagenbecks nähert sich seinem Ende. Dienstag finden bereits nachmittags 7 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr die beiden letzten Vor-stellungen statt und Mittwoch früh wird schon keine Spur mehr von Hagenbeck auf dem Burgfelde zu sehen sein. Die Dienstag-nachmittagvorstellung ist ausschließlich den Schulen gewidmet, denen das gesamte Hagenbeckprogramm gezeigt werden soll. Es werden jedoch nur geschlossene Schulen unter Führung der Lehr-personen zugelassen und zwar auch nur dann, wenn die Teil-nehmerzahl bis Dienstag vormittag um 10 Uhr der Geschäfts-leitung gemeldet ist. Die Schulen haben von Hagenbeck ganz besondere Ermäßigung zugestanden erhalten. Die Abschiedsvor-stellung am gleichen Tage wird ebenso wie alle anderen Vor-stellungen das gesamte große Hagenbeckprogramm enthalten, von der größten Attraktionsnummer angefangen bis herab zum einzelnen Clown und Vaquiste, diesen Lieblingsgestalten der lauchfreudigen Jugend, alle werden sie vertreten sein und einen letzten grandiosen Ueberblick über die neuesten Dressurereigenschaften und die Gipfelpunkte modernster Managen- und Varieteekunst ermöglichen. Nur eins wird fehlen, wie stets bei Hagenbeck: die Jote, die sich heute an so vielen Stellen in unfähigster Weise breit macht. Hagen-beck jedoch ist keine Vergnügungstätte im herkömmlichen Sinne, sondern ein künstlerisches Unternehmen mit vornehmten Ambitionen.

Totenopfschmetterling. Dir. Ernst Albert schreibt uns: Um das Vorkommen des hier so seltenen Totenopfschmetterlings im Lübecker Gebiet festzustellen, bitte ich beim Karosifelsausgraben auf die ca. fünfzig liegende Puppe zu achten und dieselbe sorg-fältig auf Gras oder Moos in ein Ristchen gelegt gegen jedwede Entfaltung der Ankokten, mit einzuliefern. Die Puppe ist schwarz-braun, 6-8 Zentimeter lang 1 1/2 Zentimeter Leibesumfang und enthält spitzlaufend. Ebenso bitte ich die Herren Imker, die etwa vor den Bienenstöcken liegenden verendeten Totenopfschmetterlinge mir zu übermitteln. Der Falter ist ein großer Honigfreund und bringt durch das Flugloch in die Körbe ein, wo er aber über zulänglich bald wieder hinausbeordert wird und oftmals seine Honigliebhaberei mit dem Tode hüben muß. Aus dem ein-gelieferten Material werde ich dann auch für das hiesige Heimat-museum eine Gruppe gestalten.

Dir. Ernst Albert, Moislinger Allee 14.

Badeunfall Falkendamm. Wassertemperatur am 19. September morgens 6 Uhr 14 1/2 °; mittags 12 Uhr 14 1/2 ° Celsius.

Der Arbeiter.

Eine Erzählung von Stijn Streuvels.

Schluß.

Das ganze Ungeheuer sah er mit seinen hohen Schornsteinen und unförmigen, aneinander gepreßten Gebäuden, sah die Haufen Rüben, die Berge von Rüben, einer neben dem andern . . . und die Schiffe, die am Kai lagen, und die Schiffe, die angefahren kamen auf der Scheide und immer nur neue Ladungen Rüben heranzubringen. Er selbst würde mit den andern Männern nun jedoch über die Laufstrecke den ewigen Gang machen, mit der Last auf der Schulter, vom Schiff zum Kai und vom Kai zum Schiff. Er fühlte schon die ungemütliche Kälte der dunklen Ba-raden, wo sie schichtweise einander ablösen würden, — die einen um die Nachtruhe, die andern um die Tagesruhe zu genießen, auf dem Strohsack, alle auf einem Haufen, wie Tiere in einem Stall, durch den die Winde zogen. Nirgends in jener ganzen Gegend fand der Arbeiter Gemütlichkeit. Wärme oder Ruhe, überall war es schmutzig, schwarz, dunkel, kalt und feucht, und dazu das unablässige Rauseln der Maschinen, die ganzen Tage, die ganzen Nächte durch.

Ihm war zumute, als ob er schon drinnen wäre, gepackt von dieser Gewalt, die alles mitgerißt in ihren grausamen Wirbel, ohne Mitleid und mit der immer gleichen Unmenschlichkeit. Hier gab es nichts als Arbeiter, die einander nicht kennen und nicht kennen lernen wollen; zusammengedrängt aus allen Gegen-den, blieben sie ein jeder in die eigene Beschäftigung verflochten, miß-trauisch und feindselig, der eine gegen den andern. Und dazu nichts als bössartige, polternde Direktoren und Aufseher, schimp-fende Werkmeister, die immer nur bösen und frechen und schla-gen, um die Sache im Gange zu halten und im Takt zu bleiben mit dem Rollen und Stöhren der knirschenden Mas-chinen, die mit Feuer und Dampf vollgeproßt ihren Weg geht und ihre Füllung kriegen muß in ihrer unerzähllichen Hektik.

Der Mann konnte sich nicht damit abfinden, daß er dorthin mußte, dahin, wovon es ihm graute wie vor der Hölle. — um so weniger, als es nun geschah, ohne daß er damit gerechnet hatte — gegen seine Erwartung. Da hinter in der Helligkeit der hohen Lampen, wo die Arbeiter beim Wägen der Schiffe nun hin und her liefen, würde er in dieser Nacht vielleicht schon sein Teil be-kommen und eine Last auf dem Kopfe schleppen.

Gestern noch, heute mittag noch, war nicht die Rede davon, war kein Gedanke an die entfernteste Möglichkeit. Da bestand noch die Sehnsucht nach Haus, nach dem Wiedersehen, nach der Ruhe, nach dem Wohlstand, nach dem gemütlichen Leben mit Frau und Kindern. Gott! er hatte sich so darauf gefreut, heist nicht bei Manie wieder einmal warm in seinem eigenen Bett zu schlafen, eine schöne, volle, runde Nacht ohne Störung, ohne die Sorge, rechtzeitig aufzuwachen und heraus zu müssen, — was er seit drei Monaten nicht mehr gekannt hatte.

Er hätte weinen mögen, nun seine Erwartung so bitter ent-täuscht wurde. Es war nicht Blut oder festiger Kerger, der im Bössartigkeit umzuschlagen und in Klüden sich Luft zu machen drohte, — es war eine grenzenlose Verzweiflung, eine Mutlosig-keit, deren er sich selbst schämte. Er fühlte sich zu schlapp, um etwas davon zu äußern oder dagegen anzukämpfen, und er ließ sich mitschleppen wie ein Kind, das gegen seinen Willen irgendwohin fortgetrieben wird.

Als Kind hatte er das schon einmal gefühlt. Gott ja, da-mals, als er, ein kleiner Junge, beim Bauern war, in den ersten drei Monaten, und traurig bei seinen Klüden saß und endlich seinem Weh nachgab und vom Hofe flüchtete und wieder nach Hause lief. Seit jener Zeit war dies Gefühl ihm unbekannt ge-blichen; später war es ihm gleichgültig geworden, wo oder was er arbeitete, wenn er nur Geld dabei verdiente. Diese ganze Zeit über war er der tüchtige, tragbare Keel gewesen, der dem Eltern-haus entwachsen ist, der auf sich selbst beruht und sein Glück sucht und findet überall, woher er kommt, und sich an nichts gebunden fühlt.

Nun er, ohne es zu wollen, sich seines Kummers bewußt ge-worden war und einen Vergleich angestellt hatte mit jener Zeit seiner ersten Jugend, dachte er, daß er sich so hatte gehen lassen, eschat vor solcher Unfreiheit.

Es kommt daher, daß ich so sehr mein Verlangen und meine Erwartung darauf gerichtet hatte, meinte er, sich gleichsam ent-schuldigend. Da unten, während er bei der Erntearbeit war, sah es schon an, dies maßlose Verlangen nach Haus, nach all den kleinen Dingen, nach dem, was er nicht auszudrücken mochte, aber unausgesprochen fühlte wie etwas, das sein eigenes Ich ergänzen mußte, nach der zarteren Hälfte seines Wesens, das sich in keiner Frau, keinem Kindern und den tausend Dingen seiner häuslichen Umgebung verlorperte, nach dem, was das Leben ausmachte im häuslichen Kreis. Er sah es lebhaftig, lebendig vor sich, er griff darnach, und es entfloß ihm wieder wie ein Geheiß, das ihn zum besten hatte.

Er wollte es wegstoßen, es vergessen, nicht mehr daran denken, er versuchte es, daß er sich etwas in den Kopf gesetzt, daß er eine Begierde, ein Verlangen in sich gezüchtet hatte, und daß er nun daran leiden mußte wie ein dummer, grüner Junge.

„Was gibt's denn zu Haus? Ist es da etwa besser als anders-wo? Ist es nicht überall gleich? Ueberall heißt arbeiten!“

Er sah nach den andern und fühlte sich allein in seinem Kum-mer. Sie schritten dahin, ohne nachzudenken, wie er selbst sonst auch getan. Hatte er nun Angst vor dieser Fabrik, vor dieser Arbeit, vor den Haufen Rüben? Nein, es war nicht die Arbeit, nicht die Fabrik, aber der Gedanke an alles dort machte ihn immer von neuem grauen, und er fühlte das Frösteln über seinen Kör-per riechen und die graue Ungemütlichkeit der Baracken, durch die der kalte Wind frei hindurchwehte. Und unwillkürlich stellte er Vergleiche an mit dem Leben und der Arbeit im Sommer auf den freien Feldern, in der Sonne, unter Kameraden, in Luft und Fröhlichkeit, mit Gesang und Gespiße und der Sehnsucht nach dem Erbe, nach der Heimkehr, nach zu Haus. . . . Nach zu Haus?

Da war es wieder! Wie mit einem Dolch stach ihn die Wehmut auf neue ins Herz, und er konnte einen Seufzer und seinen Ver-druß nicht zurückhalten, und, ob er wollte oder nicht, er mußte die Qual ertragen und Vinderung schöpfen in der schmerzlichen Luft dieses süßen Zaubers, — in dem Traum von dem, was er hätte haben können und nicht bekommen hatte . . . ein eigenes Bett, die Ruhe, die Stille, die Wärme, den Genuß dieses einen köst-lichen Abends und das gemütliche Leben eines langen, schönen Winters. In dieser selben Stunde, während er hier dahinkief wie ein Landstreicher, hätten sie heiter bekommen sein können und bei Bier und Tabak am wärmenden Feuer die Heimkehr feiern und lachen.

Hier auf der Landstraße jagte der Wind den Regen durch die Dunkelheit, und die Männer begannen zu frieren und hatten sich nichts mehr zu sagen.

Alle sechs gingen sie, vornübergebogen, gegen den Wind an, und keiner von ihnen sprach mehr ein Wort. Es war, als ob sie nun auch wie Balcan von Wehmut ergriffen wären, als ob sie sich ihrer Enttäuschung bewußt würden und es einer nach dem andern vermühten und beklagten, daß ihr Einzug zu dieser Zeit ein Auszug geworden war.

ph. Der Hund als Pflanzendieb. In letzter Zeit sind einem Anwohner der Weststraße wiederholt Hühner aus einem Stalle gestohlen worden. Ohne daß es gelingen wollte, den Dieb zu ermitteln, lenkte sich auf einen größeren Hund, der verschlehtlich in später Abendstunde in den Garten des Beschlagnahmten bemerkt worden war. Während es den Anschein hatte, als wenn sich der Hundebesitzer in der Nähe des Grundstückes des Beschlagnahmten aufhielt. Dieses gab dem Hühnerbesitzer Veranlassung, sein besonderes Augenmerk auf diesen Hund zu richten. Als er daher am Sonnabend, dem 17. ds. Mts., abends aufpakte, sah er, wie der Hund schamlos durch den Garten nach dem Hühnerstall lief und dort durch den engen Auslauf der Hühner verschwand. Um ein Entweichen des Hundes zu verhindern, wurde der Auslauf gesperrt und der vierbeinige Hühnerdieb war gefangen. Derselbe wurde der Kriminalpolizei übergeben. Es handelt sich um eine wolfsgraue, etwas kleine deutsche Schäferhündin, die offenbar erst kürzlich Junge geworfen hat. Um ihren Hals trug sie einen kleinen Lederleinen ohne Steuerzeichen. Da es nicht sofort gelingen wollte, den Eigentümer des Hundes zu ermitteln, wird derselbe oder Personen, die Angaben über die Zugehörigkeit des Hundes machen können, ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

ph. Festgenommen wurde eine Stütze aus Wolkenwebe, die eine Freundin des Kleidungsstücke unterschlagen hatte und ein Lagerarbeiter aus Dortmund, der seinem Arbeitgeber über 700 Mk. unterschlagen hatte.

Angrenzende Gebiete.

Cutin. Die Gemeinderatswahlen im November! Wie dem Anzeiger für das Fürstentum auf Anfrage vom Ministerpräsidenten Langen mitgeteilt wird, finden die Gemeinderatswahlen im Landesteil Lübeck auch im November statt, ebenso wie in den Landesteilen Oldenburg und Wirtensfeld.

Cutin. Die Vereinigung der Landkrankenkasse für den Landesteil Lübeck in Cutin mit der Allgemeinen Landkrankenkasse für den Landesteil Lübeck ist vom Oberversicherungsamt in Oldenburg abgelehnt worden.

Cutin. Zur Förderung des Wohnungsbaues. Der, wie bereits kurz berichtet, in der Sitzung des Landesausschusses angenommene Entwurf eines Gesetzes für den Landesteil Lübeck betr. die Erhebung einer Abgabe zwecks Förderung des Wohnungsbaues lautet: Zur Deckung des Aufwandes des Landesteils zur Förderung des Wohnungsbaues wird nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 26. Juni 1901 für die Rechnungsjahre 1931—1941 eine Abgabe erhoben. — Die Abgabe wird erhoben von alten Gebäuden, die vor dem 1. Juni 1918 fertiggestellt sind. — Die Abgabe besteht für die Gebäude, die der staatlichen Gebäudesteuer unterliegen, in einem Zuschlag zu dieser in Höhe des 1/4fachen Betrages der Steuer. Für die Gebäude, die der staatlichen Gebäudesteuer nicht unterliegen, das sind nur die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude, wird die Abgabe von dem Nutzungswerte der Gebäude erhoben. Dieser ist für alle landwirtschaftlichen Betriebsgebäude als im gleichen Verhältnis zu dem der dazu gehörigen landwirtschaftlichen Betriebe liegend anzunehmen, der durch die staatliche Grundsteuer belastet ist. Die Abgabe entspricht ihrer Höhe dem 1/4fachen dieser Steuer. — Eine Befreiung von der Abgabe oder ein teilweiser Erlass oder eine Rückstattung der Steuer kann erfolgen bei Vorliegen besonderer Billigkeitsgründe. Solche sind insbesondere anzunehmen, wenn der Steuerpflichtige ein niedriges Einkommen hat oder infolge großer Kinderzahl oder Krankheit in seinem Haushalte, eine im Verhältnis zu seinem Einkommen teure Wohnung haben muß, oder wenn Gebäude durch Brand oder andere Unglücksfälle ganz oder teilweise zerstört werden, oder wenn Gebäude oder Gebäudeteile den wirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, infolge der Einstellung oder Einschränkung des Betriebes nicht mehr voll ausgenutzt werden. Die Entscheidung erfolgt durch die Regierung. — Der Landesverband des Landesteils Lübeck erhebt für den im § 1 genannten Zweck einen 100prozentigen Zuschlag zu dieser Abgabe. — Das Land und der Landesverband liefern von der Steuer jährlich je 0,25 Mark auf den Kopf der Bevölkerung an das Reich ab.

Bremen. Die Bremische Bürgerchaft bewilligte auf einen unabhängigen Antrag hin mit 46 gegen 43 Stimmen 50000 Mark zu Händen des Roten Kreuzes für die russische Hilfe. Mit den sozialistischen Parteien stimmten zwei Demokraten für den Antrag. Ein Schreiben, die Gemeinschaft des mehrheitlich sozialistischen Bürgerchaftsrates Direktor Felden in einem wegen öffentlicher Beleidigung eines anderen Bremischen Ratsors gegen ihn schwebenden Prozeß außer Kraft zu setzen, wurde der juristischen Kommission übergeben. Eine kommunistische Interpellation, die den Polizeidirektor wegen Duldens von Sedansevern der Kriegesvereine als vaterlandsverräterlich bezeichnete, fand keine Unterstützung und kam damit zu Fall. Ein sozial-

demokratischer Antrag, die Regierungsgebäude bei entsprechenden Anlässen neben der deutschen Flagge auch mit schwarz-rot-gold zu beflaggen, wurde mit den Stimmen der Sozialisten und der Demokraten angenommen. Die übrige Sitzung war fast ausschließlich mit der Erörterung einer unabhängigen Interpellation ausgefüllt, die sich gegen die Sicherheitsmaßnahmen der Sino aus Anlaß der Demonstrationen nach der Ermordung Erzbergers richtete.

Aus der Partei.

Sozialistischer Volksschulkursus. Nach längeren Vorbereitungen durch den Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugend - Vereine Deutschlands konnte der erste dreimonatige Volksschulkursus Anfangs September im Bundesheim zu Rattlar (Waldeck) eröffnet werden. Das Haus ist mitten in Bergwäldern in einer der schönsten Landschaften Mitteldeutschlands gelegen.

1. Sozialdemokratische Wohlfahrts-sagung.

Im Anschluß an die Wohlfahrtsagung werden eine Reihe von Entschlüssen und Anträgen angenommen. Sie fordern die beschleunigte Verabschiedung und Durchführung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes, ferner die Vereinfachung von größeren Mitteln zur Ausbildung von Frauen für die berufliche Tätigkeit in der Wohlfahrtspflege, weitestgehenden Schutz der unehelichen Kinder und Beseitigung der Ausnahmebehandlung der unehelichen Mütter werden den Beamtinnen und Angestellten, unbedingte Aufrechterhaltung des Nachmittagsunterrichtes, Beseitigung der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren, die Ausdehnung der sozialen Fürsorge- und Versicherungsgehalte auf die Hausangehörigen, volkswirtschaftliche und demokratische Bekämpfung des Ministeriums für Volkswohlfahrt, nachdrückliche Propagierung ehrenamtlicher Mitarbeit in der Wohlfahrtspflege, besonders in der Amtsvormundschaft, ferner den Abschnitt Sozialpolitik des Parteiprogramms einen die Wohlfahrtspflege betreffenden Absatz beizufügen, die Schaffung eines einheitlichen Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes gemäß Art. 9 der Reichsverfassung, energische Bewirkung des Verpressens der Reichsverfassung betr. ausgleichende Fürsorge für kinderreiche Familien, und endlich die Erwürdigung auf Umänderung des Namens „Arbeiterwohlfahrt“ in „sozialistische Wohlfahrtspflege“. Andere Anträge wurden dem Hauptauschuß zur Bearbeitung überwiesen.

Im Schlußwort tritt Genossin Kuchacz für Beteiligung an der russischen Hilfe ein, da wir deutschen Arbeiter es immer als unseren Stolz bezeichnen haben, internationale Not zu lindern. — Sie gibt die Namen des Hauptauschusses bekannt, kündigt einen weitgehenden Tätigkeitsbericht an, weiter empfiehlt sie, vorläufig die Losse Form der Wohlfahrtspflege beizubehalten. Mit umfassen den Richtlinien wird sich der Hauptauschuß mit dem Parteivorstand zu gegebener Zeit befassen. Da die Arbeiterwohlfahrt ein Glied der Partei ist, sollen die Verwaltungsausgaben von der Partei getragen werden. Durch die Arbeiterwohlfahrt kommt ein viel individuellerer, intimerer Zug in die Frauenbewegung; sie leistet dadurch ein großes Stück sozialistischer Gemeinschaftsarbeit.

Genossin Kunkl schließt um 8 Uhr die Sitzung mit dem Wunsch weiteren Erfolges der Arbeiterwohlfahrt und mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Gewerkschaften.

Der Ausschonung in Oberschlesien. Bei den Betriebsratswahlen auf der Alcohak-Grube in Silenze erhielten die Polen acht und die Deutschen neun Vertreter. Bisher hatten die Polen zehn und die Deutschen sieben Vertreter. Auf der Waidonshütte wurden 11 Deutsche und fünf Polen als Betriebsratsmitglieder gewählt.

Aussperrung in der Dresdener Metallindustrie. Nachdem es nicht gelungen ist, die Differenzen in der Dresdener Metallindustrie beizulegen, haben die Metallindustriellen die von ihnen angekündigte Aussperrung der Arbeitnehmer durchgeführt. Von dieser Aussperrung werden etwa 40 000 Arbeiter betroffen.

Beigelegte Streiks Der Streik im Eisenhütten-werk Halle, das seit zehn Tagen stillgelegt ist, beendet, nachdem die vom Oberpräsidenten gemachten Vermittlungsvorschläge angenommen wurden und die Arbeit in vollem Umfang

wieder aufgenommen worden ist. Der Gesamtkreis im Meuselwitzer Braunkohlenrevier ist, da die Verhandlungen einen befriedigenden Abschluß fanden, ebenfalls beendet, und Oberleiter Breuer, dessen Entlassung gefordert wurde, auf seine Wieder Einstellung verzichtete. Ebenfalls dürfte der Streik der Schieferarbeiter in Thüringen bald beendet sein, nachdem die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden sind.

Günstige Urteile über den Nachmittagsunterricht von Unternehmern, besonders vom Zeiß-Werk und von Bosch-Stuttgart, haben wir mehrfach veröffentlicht. Heute liegen uns Urteile von sachlichen Gewerkschaftsbeamten vor, die nicht alle günstig lauten. Aus der Kreishauptmannschaft Barmen wird berichtet, daß dort eine Zeitschneiderei nur 5 Tage zu je 8 Stunden am Tage arbeiten läßt, weil die Erzeugung an den Werkstätten ganz erheblich gestiegen ist und jetzt in fünf Tagen dasselbe erzielt wird wie früher in sechs Tagen. In der Städtereiabteilung dieses Unternehmens wird jetzt, so heißt es weiter, nicht nur in acht Stunden dasselbe geleistet wie früher in zehn, die Arbeiter sind jetzt auch viel laibbarer, weil bei der kürzeren Arbeitszeit Augen und Nerven nicht in dem Maße angestrengt werden wie früher bei einer zehnständigen Arbeitszeit. Ein Glashüttenbesitzer in demselben Bezirk hat befunden, daß die Stücklohnarbeiter jetzt bei acht Stunden dasselbe leisten wie in der längeren Arbeitszeit vor dem Kriege. Eine Bauern Waggonfabrik hat etwawandfrei festgestellt, daß durch die Einführung des Nachmittagsunterrichtes die Gesamtleistung etwas zurückgegangen, die stündliche Arbeitsleistung jedoch erheblich gestiegen und nach im Steigen begriffen ist. Aus dem Kreise Chemnitz wird berichtet, daß dort der Nachmittagsunterricht bei den Arbeitgebern immer mehr Freunde gefunden habe, und der Direktor einer großen Leinwandfabrik im Meißener Bezirk betonte, die Einführung des Nachmittagsunterrichtes sei keineswegs eine der Industrie schädliche Errungenschaft. — Den Gegnern des Nachmittagsunterrichtes wird man diese Urteile immer wieder entgegenhalten müssen.

Ausbildungswesen in der Musik. Im Hinblick auf die Heranbildung eines geeigneten beruflichen Nachwuchses ist es dem Deutschen Musikerverband nunmehr gelungen, einen Schritt vorwärts zu machen, der die Berufsausbildung der Musiker auf völlig neue Grundlagen stellt. Anstatt der bisherigen, mit den ärgsten Mängeln und ungeheuerlichsten Ausbeutungen Jugendlicher verbundenen Lehrlingsausbildung, erstrebt der Verband eine schulmäßige Ausbildung des beruflichen Nachwuchses. Nach langen Verhandlungen ist es nunmehr gelungen, vom preussischen Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft die Errichtung einer Orchesterhufe bei der Berliner Akademischen Hochschule für Musik genehmigt zu erhalten. Gleichzeitig wurde dem Verband die Errichtung von Vorklassen für diese Orchesterhufe an gleichen Institut genehmigt, so daß fortan für eine Anzahl musikalisch Begabte der musikalische Ausbildungsgang bereits vom 14. Lebensjahre an und bis zur höchsten Vollendung geföhrt ist. Der Vertrag zwischen der Hochschule und dem Deutschen Musikerverband ist bereits getätigt und dürfte schon in den nächsten Tagen vom Minister genehmigt werden, so daß der Unterricht, den Schulgängen in diesem Herbstsemester beginnen zu lassen, nichts mehr im Wege stehen dürfte. Zwecks Errichtung ähnlicher Einrichtungen an anderen Musikzentren werden ebenfalls Verhandlungen zwischen dem Verbande und den betreffenden Behörden gepflogen.

Metallarbeiter-Kongress.

Jena, 16. September. Der Verband brachte heute die Auseinandersetzungen über den Geschäftsbericht zum Abschluß. Die Erörterungen nahmen aber noch den größten Teil des heutigen Tages in Anspruch. Zunächst kamen die drei Rednergarnituren zu Worte. Es sprachen Kruse-Bielefeld (SD), Edler-Heilbronn (USPD) und Abgeordneter Braß-Ramstein (APD). Braß sprach äußerst geschickt und wirkungsvoll, zweifellos am besten von allen APD-Rednern. Er polemisierte insbesondere gegen Dörmann. Seine Mittelungen über die gemeinsamen Beratungen mit Dörmann in der Zentrale der USPD, um Einfluß auf die Gewerkschaften zu bekommen, erregten Aufsehen. Auch die USPD, sagte er, habe keine Gewerkschaftszentrale gehabt und Dörmann sei deren Schmierendirektor gewesen. Es sei unehrlich, wenn er nun gegen die APD vorgehen wolle, die das gleiche tue, was früher die USPD getan habe. — Nach den Garniturrednern folgte eine allgemeine Debatte mit 10 Minuten Redezeit. Es sprachen sechs Redner, die einzelne organisatorische Fragen erörterten. Dann wurde Schluß gemacht. Peter sen-Hamburg gab eine Schilderung der dortigen Metallarbeiterbewegung. Der Verbandsvorsitzende Dörmann hielt eine zweifelhafte Schlufrede, in der er gegen die SPD, sehr persönlich, gegen die APD, sehr sachlich sprach. Man müsse zusammenkommen. Das könne geschehen auf

Der Pflaumenbaum.

Von Heinrich Goeren.

Das muß man sagen, es war ein legendärer Pflaumenbaum. Er bereitete den Kindern des Jagensüßers und Fischers Dörmann einen erstreblichen Tisch, wenn er Jahr für Jahr im Herbst das violette Unterleid aus bereiften Früchten durch das übergeworfene Zifferblatt der schmalen grünen Blätter schimmern ließ. Sie mußten zu essen, die Schüßerskinder, aber die Jagensüßer und Ernter kaum. Solch eine Sperantzeit wird dabei zum Braut.

Der Schüßer blieb arm sein Leben lang. Fleißig zeigte er sich bei jeder Arbeit, ebenso indes seine Frau bei der Familienvermehrung. Mit hungrige Schmäkel zu fällen und die der Gezeuger abzuhören, dazu reichten zwei Morgen landigen Abers, einige Hühner an zerhackten Bauernschnecken, gelegentliche Aushilfe beim Dreschen und Ernten kaum. Solch eine Sperantzeit wird dabei zum Braut.

Gleichgültig wuchs der Pflaumenbaum. Für die Kinder bedeutete er Geburtstag und Kirchweih und Weihnachten. Klein und hoch gewachsen, witterten die Schüßerssprößlinge mit ledern Nasen in die Luft, wenn der Baum hühte, bewachten ihn im Sommer und tanzten wilde Tänze um seinen Stamm beim Farbenwechsel der ersten Frucht. Jedesmal sprach die Mutter davon, was zum Winter einzulagern. Ehe der sorgliche Gedanke zur Tat wurde, spargierte die letzte Pflaume in den letzten Kinder-magen. Die besoppeleken zerfallenen Boden des Schüßers zogen sich breit beim Laufen, und zum schmalen Weibe sagte er: „Lag sie, was haben sie sonst von ihren jungen Tagen?“

Also nähte die Familie den Baum gehörig aus. Dennoch hatte es seine eigene Bewandnis damit. Kürzlich er stand in dem Winkel, durch den Dörmanns künftiger Boden an den Berg des reichen Bauern Dörmann lag. Eine scharfe Keule schlug die Erde der Nacht und ließ die Erde halb vom Hügelboden Dörmanns ab, in dem hundert Pflaumen-, Birnen- und Apfelsbäume für die Wohlhabenheit ihres Gebieters zeugten. Das Eigentumsrecht lag ein wenig im Zweifel. Bauer Dörmann hatte seine einmal zu Dörmann gesprochen: „Reißt du, Fritz, ich glaube, der Baum gehört eigentlich mir. Aber zur bleiben ja Bäume genug, du hast ja noch so viel. Warum sollen sie den einen nicht leer lassen?“

lichten und wirtschaftete äußerst zweckmäßig und nützlich. Angerben begeisterte er sich über alles für Recht und Gerechtigkeit. Nachdem er nach dem Tode des Aien zu Atem gekommen, begann er in Papieren und Büchlein zu köbern, ging aufs Grundamt und zum Katasterverwalter. Endlich kam er richtig der Gerechtigkeit auf die Spur. Eines Morgens erschienen Arbeiter, riefen Spaten in die Erde, räumten Pfläze ein, hantierten mit Ägeln und Bretern. Als Feierabend war, hob sich ein fester Zaun, der den Pflaumenbaum streng abschloß von aller Willkür und ihn vereinigte mit den Brüdern im Garten Dörmanns.

Was war es für die acht Dirkmanns mit Geburtstag, Kirchweih, Weihnachten. Als zur Zeit der Pflaumenreife die zwei Töchter, flotte Kerlchen, trotzdem den Weg nach drüben fanden und sich mitten der Zweige ausstießen, geschah ein Schuß vom oberen Ende des Gartens her. Die Schrotkörner prasselten berart, daß die Frucht der Obstliebhaber erheblich schneller geschah als des Herkommens. Zwei Hunde ließen in der Folge auf und ab. Sie saßen nicht aus, als ob sie nackte Jungenwaden für unantastbar erachteten.

Die Gerechtigkeit war fest begründet, und Dirkmanns mußten sich allein auf Magermilch und Kartoffeln verlassen. Nun wäre die Erzählung zu Ende. Man könnte sie beiseite legen, wenn nicht viele Begebenheiten des Lebens ein Nachspiel aus sich hervorwachsen ließen, das sich mit langer Ranke in die Zukunft zieht.

Zwanzig Jahre werden von den Menschen durchlaufen oder durchgehnt, je nach Glück oder Zufall. Dörmann vergaß damals den Gegenstand bei Dirkmann und mußte ihn endlich doch nachholen. Das ging so zu.

Der alte Schüßer ruhte schon lange von allen Klidereien auf dem Friedhof aus. Seine Söhne schlugen sich irgendwo durch, die Mädchen dienten auswärts oder zogen selber Kinder groß. Nur der Jüngste sah nach oder vielmehr wieder im Nest. Franz, fiel aus der Art. Der fatidliche Junge im Dorf, schüchtern und bräunlich, lug und geschah im Jugend an. Der Pfarrer hatte sich der Mühe unterzogen, ihn außer der Schulseit in Wissenschaften zu unterrichten. Sogar Latein sollte er ihm beigebracht haben. Bisher besaß er dahnweise, viele Nachbarn haben im darin lesen. Der geistliche Herr hatte ihn seinerzeit auch eine Segnelle verfaßt bei einem Kunsthandwerker in der Stadt, er erhielt einen Platz in der Kunstgewerkschule und sah sich eine Zeilung in der Welt an. Dann zog die Scholle ein heim. Bielelei Gerat brachte er mit, riefete eine Stube ein mit Werkzeu und Zeisgeniß. Schützereien, Zeichnungen, Modelle zeigte er an geeignete Stellen in den Städten ab, der Brief-

träger verkehrte ständig bei ihm. Seiner Mutter und ihm ging nichts ab, obwohl sie noch in der ererbten Keude hockten. Abends hörte man ihn manchmal Flöte blasen, daß es melancholisch und und ließ über die Felder klang.

Trotzdem erinnerte nichts an einen Dummkäuser. Der kleine väterliche Besitz war nie so in Ordnung gewesen wie unter seiner Hand, Garten und Acker standen in Fülle. Von allgemeiner Fröhlichkeit, vom Tanzabend schloß Franz sich nicht aus, trank den Schoppen mit den andern jungen Leuten und war bei allem Spiel voran.

Kein Wunder, wenn die Mädchen ihm nachliefen bis in die Küche seiner Mutter. Sprach oder scherzte er mit einer, so glänzten ihre Augen noch lange hernach zärtlich und verzückt. Der zwanzigjährigen Lese, Dörmanns einziger Tochter, ging es nicht anders. Merkwürdig, wie oft man ihren Kopf in der Nähe des Zauns sah, der ehemals bei dem Pflaumenbaumstand entstand. Franz Dirkmann merkte das auch und war nicht unempfindlich. Wer weiß, wie oft die beiden sich saßen, tagsüber stüchtig, abends, mit oder ohne Mondschein, länger und inniger.

Kurz und gut, an einem Tage stand diese vor dem Vater, machte stotternde und ängstliche Bekenntnisse, worauf er sie zornentbrannt bei den Schültern packte, dann stehenden Fußes hinaus und zu dem Häuschen der Dirkmanns rannte. Die Mutter verkrach sich zitternd, als sie den flammenden Grobmann mit geentten Hörnern ankürmen sah. Franz blieb gleichgültiger, gab auf die großen Anreden unverweilt eisaltetes Spottmaser. Dörmann kam ihm nicht bei, duckte sich selber bald nieder, er sah fest im Eisen. Wenn er auch knirschte, so mußte er doch annehmen, was Franz vorschlug.

Hallo zur Genüge gab es am nächsten Sonntag, als Elisabeth Dörmann und Franz Dirkmann als ein rechtmäßiges Brautpaar aufgeführt wurden. In einigen Wochen folgte die Hochzeit. Vorläufig saßen die frischen Eheleute zum Schwiegervater samt der Schüßerswitwe. Die Hütte wurde niedergerissen, ein statliches Haus wuchs auf, der Zaun verschwand und die Grenzen der Besitztümer verwischten sich.

Als nach einem halben Jahr das neue Haus fertig war, Diele, die nie so hüßlich und fröhlich ausgelehen hatte, neben ihrem Eheherrn unter die Tür trat, zog er sie liebevoll an sich, hob mit dem anderen Arm ein ergeborenes Söhnchen in die Luft und rief: „Du kleiner Dirkmann, fesselt du da den Pflaumenbaum, unter Erbgut? Du sollst von ihm essen soviel du willst, und von Rechts wegen!“

dem Wege des proletarischen Klassenkampfes, der proletarischen Solidarität und Treue. Eine Abstimmung über die von den drei Fraktionen eingebrachte Resolution grundsätzlicher Art wurde noch nicht vorgenommen. Die Vertreter der SPD. und USPD. versuchen gegenwärtig, eine gemeinschaftliche Entschliessung auszubringen. Das ist ihnen bisher noch nicht gelungen. Es ist aber anzunehmen, daß bis morgen eine Verständigung erfolgt. Der Vorstand wurde beauftragt, folgende Forderungen an die zukünftigen Stellen zu richten: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes; 2. Aufhebung der Sondergerichte; 3. Aufhebung der "Ordnung". Mit großer Mehrheit fand ein Antrag Annahme, der den Vorstand verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Herstellung von Kriegsmaterial und Kriegsmunition zu unterbinden. Daraus trat die Generalversammlung in die Statutenberatung ein. Diese wird morgen fortgesetzt. Es ist anzunehmen, daß der Verbandstag morgen mit seinen Arbeiten noch nicht fertig ist und noch am Sonntag tagen muß.

Aus aller Welt.

Wolkenbruch in Sardinien. Aus Mailand wird gemeldet: In Sassari, der nördlichen Provinz von Sardinien, hat ein schwerer Wolkenbruch gewaltige Vermühtungen angerichtet. Eine große Anzahl Brücken wurden weggeschwemmt und Häuser und Telegraphenanlagen zerstört. Die Regierung hat eine Hilfsaktion eingeleitet.

Naphthaexplosion in Nordamerika. Bei einer schweren Explosion auf den Naphthaerwerken der Atlantic Refining Company wurden 10 Arbeiter getötet und 28 verwundet. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß ein Teil der Decke 75 Fuß weit weggeschleudert wurde und in Tanks voll brennenden Öls den Tod fand.

Die Automobilbestände in Amerika. In der Stadt New York werden jetzt täglich 15 bis 20 Automobile gestohlen. Man hat zwar einen Apparat allgemein eingeführt, der an den Wagen angebracht ist und ein lautes Signal abgibt, wenn ein Unbekannter mit dem Wagen durchgehen will. Aber dagegen haben die Diebe Abwehrmittel erfunden, die den Apparat ausschalten. Die Versicherungsgesellschaften für Autos sind schon um 50 Prozent erhöht. Die Versicherungsgesellschaften haben nun einen eigenen Detektivdienst gegen ihre Versicherten einrichten müssen, weil der Verdacht besteht, daß diese Diebstahl von Automobilen wegen der niedrigen Kaufpreise sich alte Wagen oder Motorräder anschaffen, diese hoch versichern und dann stehlen lassen, um auf diese Weise zu einem neuen modernen Wagen zu gelangen.

Eingegangene Druckschriften.

Kosmos, Handweiser für Naturfreunde. Jahrgang 1921. 8. Hft. mit 120 Seiten und 4 Beilagen. Preis vierteljährlich 1.50 Mk. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle: Fränkische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Aus dem Inhalt der Hefte heben wir hervor: Dr. Lege: Identische Menschen. Bögen; Gelbtraut und Schwarzmaul. Dr. Stab: Naturlich und Raub; Jungvögel. Aufsatz: Wagemut: Das Mammut. Jordan: Jugendbewegung und Naturkunde. Dr. Richter: Verschwendung Lebendigen. In Delmuths Gedächtnis. Dr. Kohn: Die Markose. Dr. Koppel: Aus dem Leben unserer Hydra u. a.

Die Sprossenwand (Der Nibbel). 10 Bilder markanter Übungen mit einleitendem Text zur Einführung in die Gymnastik an der Sprossenwand. Von Sportlehrer Frh. Kniele. Preis M. 2.40. Fränkische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Weltäther, Elektrizität, Materie. Allgemeinerkennende Einführung in die physikalischen Fragen der Gegenwart. Von Dr. Harry Schmidt. 124 Seiten Großformat. Preis: gebunden M. 14.—; gebunden M. 18.—. Zahl und Form. Leichtfassliche Einführung in die Mathematik. Von Dr. Harry Schmidt. 178 Seiten Großformat. Preis: gebunden M. 15.—; gebunden M. 20.—. Reihe Paul Hartung, Verlag, Hamburg 1921. Im dem Buch "Weltäther, Elektrizität, Materie" wird der Leser in fesselnder, klarer Darstellung und an der Hand zahlreicher, ausgezeichnete Abbildungen mit den neuesten grundlegenden Forschungen und Problemen der Physik bekannt gemacht, die jeden Gedulteten und Naturforschenden im Leben beschäftigen. In "Zahl und Form" führt der Verfasser im Klonderton — ohne irgendwelche mathematischen Kenntnisse voraussetzen und nach Möglichkeit von unmitteldarmer Darstellung ausgehend — Schritt für Schritt in die Eigenart und die Beherrschung mathematischer Begriffe und Formeln ein. Dabei werden besonders die so wichtigen Grundlagen der Arithmetik und Geometrie ausführlich behandelt. Unbeachtet geht es dann zu den schwierigeren Kapiteln der Mathematik, die der der Mathematik Unkundige — immer aufs neue angeregt durch die fesselnde Darstellungsweise — ebenfalls spielend bewältigt.

Sexualphysiologie. Von Dr. Hermann Kohleber. Sexualphysiologie. Von Dr. Hermann Kohleber. 104 und 102 Seiten Großformat. Preis: gebunden je 12.50 Mk., gebunden je 16 Mk. Paul Hartung, Verlag, Hamburg 1921. Die überragende Bedeutung des Sexuallebens für unsere gesamte kulturelle Entwicklung wird immer mehr erkannt. Dementsprechend bringt auch die Lebensgestaltung in immer weitere Kreise, daß es ein dringendes Gebot der Zeit ist, Klarheit über die körperlichen und geistigen Grundlagen des Sexuallebens zu gewinnen und alle Veruche, zur Erkenntnis der Sexualphysiologie heranzuführen, können von vornherein auf lebhaftes Interesse rechnen. Leider ist gerade dieses starke Interesse des Publikums der Anlaß geworden, daß vielfach

minderwertige und oberflächliche Nachwerke auf den Büchermarkt geworfen wurden, die nicht so sehr ernstes Wissen verbreiten, als niedrigen Instinkten entgegenkommen wollen. Hier hat sich ein als wissenschaftliche Autorität allgemein anerkannter Forscher entschlossen, die Ergebnisse der modernsten gelehrten Forschung in allgemein verständlicher Form einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Die Sexualphysiologie schildert die Erscheinungen des normalen Sexuallebens in ihren Wirkungen auf den menschlichen Organismus sowie die körperlichen Merkmale und Veränderungen, die die Entwicklung der Sexualität während der Pubertät und später während der gesamten Dauer der Geschlechtsfähigkeit mit sich bringt. Die wissenschaftlichen Forschungen werden dabei besonders eingehend berücksichtigt und in ihrer hohen Bedeutung gewürdigt.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein: Volkseigenmeister W. 66 M.; A. Ziehe 50 M. Das Parteisekretariat.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.
Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Helsingborg, Halmstad, Warbera und Gothenburg, etwa drei bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Halland-Linie "Svanen", "Westkusten", "Najaden", "Malmö" und "Lübeck" für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern "Lärnan", "Mellan", "Falken" und "Ludwig Kollberg" nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer "Lärnan" am 19. Sept., Dampfer "Westkusten" am 21. Sept., Dampfer "Lübeck" am 23. Sept. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmaier: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch beim Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Stadt Stralsund" am 22. September. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Große Altesfahre 6.

II. Nach Süd-Schweden.
Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Actiebolaget "Svea" in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer "Gauthiod" am 23. September nach Kalmar und Stockholm. Dampfer "Geston" am 23. ab 24. Sept. nach Norrköping und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Scandinavianischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer "Mar Fischer" am 22. September. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck Gr. Altesfahre 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.
Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der "Söndensfjeld-Norske Dampskibsselskab" sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Gina" am 24. September. Vertreter: Rob. W. Sloman jr., Alfstraße 83.

Christiania, Skien und Drammen alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der "Feldlinien" in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Dora" am 22. September. Vertreter für den Frachtverkehr: C. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Drontheim eventl. Haugesund, Alsfjord, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Gerda Kunstmann" etwa 25. September. Vertreter: Lloyd-Transport-Compagnie, Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.
Helsingfors jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der "Finska Anfortags-Actiebolaget" in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Tornea" am 24. Sept. Anmeldung von Passagieren bei Niehl & Fehling, Schiffsmaierkontor, G. m. b. H., Bedegrube 89.

Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer "Marathon" am 24. September.

Nach Raumo, Mäntyluoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer "Frei" am 20. Sept. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 43.

Helsingfors. Linie Viktor Gf. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Peter Wilmersmann" am 22. Sept.

Abo. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer "Peter Wilmersmann" am 22. Sept. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Anfortags-Actiebolaget, "Vore" in Abo. Nächste Expedition: Dampfer "B. Thorsböl" am 24. September. Personen- und Frachtverkehr: Niehl & Fehling, Schiffsmaierkontor, Bedegrube 89.

V. Nach Lettland und Estland.
Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Rußland" ca. 25. Sept. Vertreter: H. D. Vertling, Gr. Altesfahre 23.

Riga und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer "Rußland" ca. 25. Sept. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Dänische Dampfschiffahrtsgesellschaft, Große Altesfahre 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.
Burg und Orth a. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer "Fehmarn". Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Tacht & Severin, Schüsselbuden 15.

Bismar, Rostock, Slettin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der "Joven-Linie", bei Bedarf Extradampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Bedegrube 62.

Rönigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Geinrich, Untertrave 84.

Gildampferverbindung Lübeck-Magdeburg.
Expeditionen finden statt soweit die Wasserverhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Magdeburger Lübecker Schiffsahrtsgesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und H. D. Vertling, Gr. Altesfahre 23.

Nach Lauenburg a. O. und Hamburg.
Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lüders & Stange, Abteilung Flußschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck-Hamburg mit Motorschuten.
Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Quadenburg angefahren. In Hamburg Anschluß an den täglichen Schiffsahrtverkehr aufwärts. — Güteranmeldungen bei Karl Seiber, Gr. Altesfahre 16.

Der Hungertod in Rußland.

Wladimir Lebedeff, einer der leitenden Redakteure der dem Zentrum der Sozialrevolutionäre gehörenden "Wolja Kozji" in Prag, schreibt uns:

Man kann nicht mehr nur von einer "Bedrohung" Ost-rußlands durch den Hungertod sprechen. Der Tod ist schon eilig beim Einbringen seiner Ernte. Es sterben in den Hungerstrichen Tausende und aber Tausende vor Hunger. Das ganze übrige Europa muß endlich die volle Wahrheit hören, ja, der ganzen Menschheit muß man in die Ohren schreien: So furchtbar die Schrecken in Ost-rußland sind, so sind sie doch nichts im Vergleich zu der unvermeidlichen entsetzlichen Katastrophe, die dem unglücklichen Lande für das nächste Jahr bevorsteht.

Während die Bolschewisten eine Flut von Lügen über die Welt leiten, ein hysterisches Geschrei über eine angeblich kommende "Intervention" erheben, während ihre Presse verleumderische Angriffe gegen alle sozialistischen Parteien Westeuropas und Amerikas richtet und die russischen Volksmassen auf die sozialistischen Parteien Rußlands zu hegen sucht, — in diese ebenso sinnlose, wie hasserfüllte und hasserzeugende Heße, die die bolschewistische Presse in diesen für Rußland so kritischen Tagen veranstaltet, sind zwei juchzende Donnererschläge gefallen: ein Leitartikel der Moskauer "Pravda" und eine kleine Notiz der Moskauer "Iswestija".

Die Notiz ist betitelt: "Schneller, um nicht zu spät zu kommen!" Sie lautet: "Am 9. August hat erst die Zufuhr und Verteilung des staatlich zu liefernden Samengetreides begonnen. Der Termin bis zur Ausaat hat sich somit wesentlich verringert und die Staatsorgane haben bestenfalls 30 Tage zu ihrer Verfügung. In dieser Periode muß man die Saat zusammenholen, sie zu den Eisenbahnstationen herandringen, sie verladen, an die Verbrauchsstellen befördern, um sie endlich den Bauern zur Bestellung der Acker übergeben zu können."

Sodann werden Angaben gemacht über die Saatflächen, die 1920 mit Winterfaat bestellt wurden, die in diesem Jahr mit Winterfaat bestellt werden müßten, sowie über die Menge des Saatgetreides, die erforderlich wäre, wenn diese Flächen in diesem Jahre mit Winterfaat sollten bestellt werden können. Eine genaue tabellarische Zusammenstellung erzielt über die in dieser Hinsicht herrschende Situation folgendes Bild. In den 16 Gouvernements des Hungergebiets stand im vorigen Jahre für die Winterfaat eine Fläche von insgesamt 5 104 500 Desjatinen zur Verfügung, in diesem Jahre von 6 703 500 Desjatinen. Hierfür sind für diesen Herbst noch erforderlich an Saatgetreide 52 785 000 Pud (1 Pud = 40 Pfund). Nach den amtlichen Feststellungen fehlen jetzt an dieser Menge noch 34 261 000 Pud.

Dieses Eingeständnis der Moskauer "Iswestija", das in der Fülle der oben erwähnten Gehartikel von den Lesern wohl kaum beachtet worden ist, enthält furchtbare Ziffern, die an nichts anderes denken lassen, als an den Hungertod, der dem gesamten Ostropa im nächsten Jahre droht.

Aber in Wolgagebiet und in einigen benachbarten Gouvernements fehlen für die Winterfaatfläche über 34 Millionen Pud Saatgetreide. Eine ganze Reihe von Gouvernements und Gebieten, darunter das Gebiet Saratow, das Gebiet der deutschen Kolonisten, die Tschuwaschen-Republik, das Gouvernement Wjatska und andere mit einer Gesamtfläche von fast 2 Millionen Desjatinen vorzüglichen Ackerbodens haben für die Saat kein einziges Korn. ... Was aber für Rußland die Winterfaat bedeutet, kann man aus der Tatsache folgern, daß in einem normalen Jahr auf die Ziffer der Gesamtternte (Winterroggen, Winterweizen, Sommerroggen, Sommerweizen, Gerste, Mais, Linsen, Hirse, Buchweizen, Erbsen und Bohnen) auf den Winterroggen 37 Prozent entfallen und auf den Winterweizen 11,5 Prozent, was insgesamt 49,5 Prozent der Gesamtternte ausmacht, während der Sommerroggen nur mit 0,8 und der Sommerweizen nur mit

18,8, beide Getreidearten als insgesamt mit 19,6 Proz. an der Gesamtternte beteiligt sind. Ziehen wir noch in Betracht, daß Roggen das hauptsächlichste, ja, manchmal sogar das ausschließlichste Ernährungsprodukt der gesamten bäuerlichen Bevölkerung Rußlands ist, so bedeutet bei der Beteiligung des Winterroggens mit 37,82 an der Gesamtternte die Nichtbestellung des Wintergetreides nichts als einen unvermeidlichen Hungertod der Bevölkerung jener Gebiete, ja, vielleicht eine furchtbare Hungerzeit für ganz Rußland! ... Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Tabelle der "Iswestija" nicht einschließt den Mangel an Saat in den Gouvernements Nischni-Nowgorod, Penza, Ekaterinoslaw, im Gebiete Kuban und in der Krim, die ebenfalls von einer erheblichen Mitternte betroffen worden sind. Ebenso sind nicht in die Tabelle eingeschlossen, die Gouvernements Wologda, Kostrowa, Wladimir, Nischni, Tula, Witowsk, Smolensk, Wjatska, Nowgorod, Tambow, Woronesch, Kursk, Charkow, Donkopsakengebiet, in welchem die Ernte unter mittel war.

Vom 23. August ab blieben zur Verfügung der Bauern zur Bestellung der Acker nur 30 Tage und es fehlten allein zur Saat und nur im Wolgagebiet über 34 Millionen Pud Getreide. Nirgends woher, auch nicht aus Rußland selber, nicht aus seinen besten Erntegebieten, kann die fehlende Saat bis zu diesem Termin herbeigeschafft werden. Sie könnte nur aus der von den Bolschewisten eingeführten Naturalsteuer erlangt werden. Was hat nun zum 23. August die Naturalsteuer ergeben? Darüber erfahren wir aus dem Leitartikel der Moskauer "Pravda" vom 24. August, der die Überschrift: "Verzögerung ist der Untergang" trägt, folgendes:

"Die Ziffern über den Eingang der Naturalsteuer, von der 10 Millionen Pud sofort zur Ausaat ins Wolgagebiet gelangt werden sollten, beweisen uns, daß wir durch Verzögerung vor einer neuen großen Gefahr stehen. Die kleinen Eingangsziffern einer Reihe von Gouvernements, die eine gute oder eine Mittelernte zu verzeichnen hatten, zeigen an, daß die Einziehung der Naturalsteuer nicht in großem Umfange vorgenommen wird und in vielen Orten überhaupt noch nicht begonnen hat. Zum heutigen Tag sind im ganzen ungefähr 2 Millionen Pud zusammengekommen. Doch ist das nur der 5. Teil von dem, was schleunigst ohne Verzögerung nach dem Osten abgefandt werden muß."

Das ist nicht der fünfte Teil, das ist, wie wir aus der Moskauer "Iswestija" erfahren haben, nur der 17. Teil von dem, was allein das Wolgagebiet braucht und die "Pravda" fügt ganz richtig hinzu, daß man diesen 5. Teil nicht zusammenbringen, sondern, daß man ihn auch in der Eisenbahn bis zu den Stationen der Verbrauchsstellen befördern und von dort, was besonders schwer erscheint, auf die einzelnen Ortshäfen verteilen muß. Und von uns aus wollen wir noch hinzufügen, daß man keine Garantie dafür hat, daß der Hunger sterbende Bevölkerung die für die Ackerbestellung herangeschaffte Saat nicht verzehren wird.

Die "Pravda" schreibt dann weiter: "Nachdem alle Voraussetzungen erledigt sind, wird der Eingang der Naturalsteuer in raschem Tempo voranschreiten. Doch," fügt sie selber hinzu, "das kann nach dem Termin geschehen, welchem uns die Natur und die begrenzten Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Leistungen gesetzt haben."

Die Wirklichkeit ist das schon geschehen. Die Welt steht heute vor einer juchzenden Katastrophe. Der hungernde Osten Europas hat seine Felder nicht bestellen können und das nächste Jahr bringt eine noch größere Katastrophe.

Die Sowjetregierung arbeitet an der wirtschaftlichen Zerrüttung des Landes unentwegt weiter. Sie ist unfähig, dem Volke zu helfen. Der Bevölkerung des großen Landes kann nur durch eine enorme Anstrengung der ganzen zivilisierten Menschheit geholfen werden. Eine große Aufgabe steht den Völkern bevor, — den Osten Europas zu ernähren, um die Möglichkeit zu geben, im nächsten Frühjahr das nachgeholte, was jetzt veräußert werden mußte, seine Felder zu bestellen und die neuen Ernte weiter durchzuführen.



Quartett „Italia v. 1903“
Chormeister Otto Hauschild.
Sonntag, 23. September
Grosser Ball
im **Kolosseum**.
Anfang 5 Uhr. (6646) Der Festausschuss.

Lichtbildervorträge

des Bezirksbildungsausschusses Mecklenburg-Lübeck
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Donnerstag, den 6. Oktober 1921:
Dr. Köppen, Berlin
Klinger.

Donnerstag, den 3. November 1921:
Frl. E. Kottmann, Berlin
Im Schwarzwald.

Donnerstag, den 5. Januar 1922:
Dr. Klaudius, Berlin
Wilhelm Busch.

Donnerstag, den 2. Februar 1922:
Ferd. Nicolai, Berlin
Auf den Spuren
Wilhelm Tells durch die
Urschweiz.

Anfang stets 8 Uhr pünktlich.

Preise für alle vier Vorträge 6.— Mk., für den einzelnen 2.— Mk. Vorverkauf im Gewerkschaftshaus und im „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. An der Abendkasse 2.50 Mk. (6640)



Pikfein
glänzend und haltbar bleibt ihr
Schuhzeug wenn Sie es mit
Lavalin
putzen lassen.

Überall zu haben.
Gen. Fabrik Gebr. Meyer Hann-Riddingen

Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**
Telephon 798. Moltkestraße 1. (6633)

Schwarz-rot-goldene
Schleifen
und **Fahnen**

aller Art liefert zu Fabrikpreisen
Buchhandlung „Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46.

Programmentwurf
der S.P.D.

Ein Kommentar.

Preis Mk. 6.—

Zu haben bei

Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Gardinen Decken Teppiche 18

Angebote, die Sie
unbedingt beachten
sollten. — Wir
haben jetzt noch
sehr billige Waren-
Vorräte am Lager

Gardinen

Engl. Tüllgardinen
vorzügliches Plauerer Fabrikat
..... Meter 9.50 **8⁹⁰**

Engl. Tüllgardinen
doppelt breit, in neuen
Mustern..... Meter 13.50 **12⁷⁵**

Gardinen-Etamine
110 cm breit, starkfädig,
gestreift..... Meter **16⁷⁵**

Gardinen-Etamine
Fensterkar. 150 cm breit
Mtr. 27.50, 130 cm breit Mtr. **24⁷⁵**

Spannstoffe
klein gemustert, 130 cm breit
Mtr. 21.50, 100 cm breit Mtr. **17⁵⁰**

Gardinen-Nessel
mit eingewebten Streifen
85 cm breit..... Meter **11⁷⁵**

Tüll-Garnituren
in vielen Mustern, 2 Schals
und Ueberfall..... 85.— **65⁰⁰**

Madras-Garnitur.
in schön. Ausmusterungen
2 Schals u. Ueberfall 245.— **168⁰⁰**

Neu aufgenommen:
Etam.-Garnituren
mit u. ohne Kurbelstickerei
2 Schals u. Ueberf. 235.— bzw. **190⁰⁰**

Lein.-Garnituren
mit Stickerei, 2 Schals
und Ueberfall..... **132⁵⁰**

Stores in Erbstüll, Engl.
Tüll bzw. Etamine 275.— bis **54⁵⁰**

Gardinenfallen Engl.
Tüll bzw. Erbstüll Meter 7.50 **5⁷⁵**

Auf den Anlege-Tischen:
Ein Posten
Gardinen-Reste
und Abschnitte
— auch in größeren Längen —
besonders preiswert

Decken

Tüll-Bettdecken
2-bettig 135.—, 125.— 1-bettig **35⁰⁰**

Tischdecken Filztuch
mit Stickerei..... 115.— **76⁷⁵**

Tischdecken
Kochelleinen, bestickt .98.— **65⁰⁰**

Tischdecken Velvet
best. u. gepreßt 210.— bzw. **185⁰⁰**

Diwanddecken
in groß. Auswahl 975.— bis **95⁰⁰**

Reise- u. Schlafdecken
versch. Ausführung 625.— bis **65⁰⁰**

Teppiche

hervorragend gute deutsche Fabrikate
in allen Größen

Bilder-Rahmen

stauend billig

Holstenhaus

Lübeck

Girozentrale Lübeck,

Zweiganstalt der Girozentrale Schleswig-Holstein
Öffentliche Bankanstalt — Mündelsicher
nimmt den Geschäftsbetrieb in ihrem Hause
Fleischhauerstraße 13
am Dienstag, dem 20. September 1921 auf.

Eröffnung von Girokonten
Überweisung auf alle deutschen Plätze
Annahme von Depositen
An- und Verkauf von Wertpapieren,
Sorten und Devisen
Einlösung v. Zins- u. Dividendenscheinen
Diskontierung von Wechseln
Ausstellung von Akkreditiven und Reise-
kreditbriefen
Besorgung sämtlicher Geld- und Bank-
geschäfte. (6689)

Kassenstunden: 9—1 und 3—4 Uhr
Sonnabends: 9—1 Uhr
Fernsprecher: 8742 und 8743
Drahtanschrift: Girozentrale Lübeck
Reichsbank-Giro-Konto
Postscheckkonto 57 500 Hamburg.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 21. d. M., abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Bericht vom internationalen Gewerkschaftskongress
in Moskau. Referent: Koll. Malzahn, Berlin.
2. Verschiedenes.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

(6634) Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck.

Versammlung

der
Betriebsräte und
Vertrauensleute

am Dienstag, dem 20. Septbr.
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

(6647) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarb.-Verb.

Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung

der
Wäger u. Zähler

am Dienstag, dem 20. Septbr.
nachmittags 5 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Lohnarif.
(6649) Die Ortsverwaltung.

Zentralhallen

Morgen Dienstag:

Gr. Tanzkränzchen

(6654)

frei.

Dienstag 1/2 8 Uhr: Letzte Vorstellung

HAGENBECK

Lübeck — Auf dem Burgfeld.

Dienstag 1/2 3 Uhr nachmittags

Schüler-Vorstellung.

Anmeldungen zu dieser nur für geschlossene
Schulen unter Führung von Lehrpersonen be-
stimmten Vorstellung bis spätestens Dienstag
vorm. 10 Uhr im Hagenbeck-Bureau erbeten.
Die Vorstellung enthält das gesamte Hagen-
beck-Programm.

Eintrittspreis: Sitzplätze 3.— und 4.— Mk.

Dienstag 1/2 8 Uhr abends

Abschieds-Vorstellung

Der Name Hagenbeck bürgt dafür, daß das
Programm der Abschieds-Vorstellung dem der
vorausgegangenen Vorstellungen durchaus
ebenbürtig ist.

Vorverkauf ab 9 Uhr vormittags ununter-
brochen an den Hagenbeck-Kassen und
im Zigarriengeschäft DFRESEN, Holstenstr. 6,
Fernruf 8279. (6643)

D. T. V.

Vorstands-Versammlung
am Dienstag, dem 20. Septbr.
abends 7 Uhr,
(6643) im Bureau.

Verband der Fabrik- arbeiter Deutschlands

Verwaltungsstelle Lübeck

Mitglieder- Versammlung

am Dienstag, dem 20. Septbr.
abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mit-
glieder.
2. Vortrag des Kollegen
Heinrich Radde.
3. Bericht vom Ortsaus-
schuss.
4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Er-
scheinen ersucht. (6637)

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verb.

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche Mitglieder- Versammlung

am Dienstag, d. 20. September
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Bericht von der am 18.
September stattgefundenen
Bezirkskonferenz.
2. Stellungnahme zur Bei-
tragsklassen- u. Einteilung
und Beitragserhöhung.
3. Stellungnahme zur Ein-
gabe der Beitragslisten,
wegen Erhöhung ihrer
Entschädigung.
4. Abführung der Beiträge
zur Unterstützungsstelle
des Verbandes.
5. Verschiedenes.

(6642) Die Ortsverwaltung.

HANSA- THEATER

7 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr.
Täglich: (6656)

„Wenn Liebe erwacht“

Operette in 3 Akten
von Eduard Künneke.

Stadttheater Lübeck.

Montag, 19. Sept. 7 Uhr.
1. Vorst. f. d. Arbeitsge-
meinschaft freier Bünde
Wallensteins Lager,
Die Piccolomini.
Eingeläutertes Volk a. d.
Theaterkasse.

Dienstag, 20. Sept. 7.30 U.
Cavalleria rusticana,
hierauf Der Bajazzo.
6. Ab.-Vorst. Buchst. B.

Mittwoch, 21. Sept. 7 Uhr.
Herodes u. Mariamne.
6. Ab.-Vorst. Buchst. B.

Kammerspiele des Stadttheaters.
Fünfhäuten 17/19. (6645)

Dienstag, 20. Sept. 7.30 U.
Der lächelnde Knabe.

KOLOSSEUM.

Montag, 19. Sept. 7.30 Uhr.
3. Volkst. Konzert i. Mon-
tag-Ab. des Sinfonie- u.
Stadttheater-Orchesters.
Leiter: Karl Mannstaedt.
Solist: Herr Opernsänger
Schubert.

Programmhefte mit Bil-
dern der Künstler über die
in der Nordischen Woche
im Stadttheater stattgefun-
denen Vorstellungen etc. sind
zum ermäßigten Preise von
4.— Mk. in den Buchhand-
lungen, bei Ernst Robert u.
an der Theaterkasse zu haben.